:antifaschistische nachrichten

Nr. 4

g 3336 24.2.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Dresden: Neonazis auch beim offiziellen Gedenken mittendrin... ***Foto: indymedia***

Gesetz zur Änderung des Versammlungsrechts blendet Potsdamer Abkommen aus

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches gegen die Zunahmen rechtsextremer Aktivitäten hat den Bundestag in der ersten Klippe überwunden und kommt jetzt in die zweite Lesung.

Die Überlegung, unterhalb eines Verbots durch eine Gesetzesinitiative tätig zu werden, ist grundsätzlich begrüßenswert, aber auch nicht neu.

Hatte nicht die PDS Bundestagsfraktion unter Federführung der damaligen Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke bereits im Jahre 2000 mit der Bundestagsdrucksache 14/3309 einen Antrag eingebracht? Dieser Gesetzentwurf sah die Einführung eines §86b im Strafgesetzbuch vor:

„Verherrlichung verbotener nationalsozialistischer Organisationen.

Mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine der im Potsdamer Abkommen, durch das Nürnberger Militärtribunal oder durch Gesetze der Alliierten Siegermächte verbotenen nationalsozialistischen Organisationen in Wort, Ton oder Bild verherrlicht."

Dieser Gesetzentwurf fand im Bundestag keine Mehrheit. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen lehnte eine Gesetzesänderung ab.

Der Unterschied zum jetzigen Gesetzentwurf von Rot/Grün ist schon beträchtlich, weil der Bezug auf die Gesetze der Alliierten Siegermächte und zum Potsdamer Abkommen komplett ausgeblendet wird. Aber nur ein solcher Bezug würde eine umfassende strafrechtliche Handhabe gegen Nazi-Propaganda ermöglichen. Zum Beispiel wäre das Rufen der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS" dann nicht mehr möglich, weil die Waffen-SS in diesen Abkommen als verbrecherische Organisation eingestuft wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf von Rot/Grün bezieht sich dagegen auf den §6 des Völkerstrafgesetzbuches des Internationalen Strafgerichtshofs.

Zwar bezieht sich Punkt 1 ausdrücklich auf den Nationalsozialismus und indirekt auf das Urteil des Nürnberger Militärgerichtshofes, aber die Alliierten Kontrollratsbestimmungen und das Potsdamer Abkommen sind ausgeblendet.

> Artikel 2 Absatz 3 aus dem Gesetzentwurf:
> „Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, offentlich oder in einer Versammlung eine Handlung im Sinne von §6 Abs.1 des Völkerstrafgesetzbuches,
> 1. die unter der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft begangen wurde, billigt, rechtfertigt, leugnet oder verharmlost oder
> 2. die unter einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft begangen wurde, soweit die Handlung durch die rechtskräftige Entscheidung eines internationalen Gerichts, dessen Zuständigkeit die Bundesrepublik Deutschland anerkannt hat, festgestellt ist, billigt, rechtfertigt, leugnet oder gröblich verharmlost."

Der Punkt 2 kann auch auf die Verherrlichung von Völkermord z.B. in Jugoslawien angewandt werden.

Sicher sollte man die Verherrlichung auch dieser Gräueltaten ächten. Nur wird hier die Tür geöffnet, den besonderen Terror des Hitlerfaschismus mit anderen Terrorherrschaften auf eine Stufe zu stellen. Dies sollte man in der Bundesrepublik auf keinen Fall tun und den Nazis auch nie erlauben. Denn eines ist historisch erwiesen: Die industrielle Vernichtung von Millionen von Juden, Linken, Behinderten und vielen anderen Opfergruppen ist und bleibt in der Geschichte ein einmaliges Ereignis.

Genau das aber wollen die Nazis im ersten Schritt in Frage stellen. Auschwitz soll von einem Vernichtungslager zu einem Gefängnis uminterpretiert werden.

In der zweiten Lesung im Deutschen Bundestag werden jetzt CDU und CSU versuchen, den Gesetzentwurf von Rot/Grün noch weiter zu verwässern. Deshalb sollten die PDS-Abgeordneten, aber auch alle antifaschistischen Kräfte, versuchen, den antifaschistischen Begründungszusammenhang, wie er im Artikel 139 GG, den Alliierten Kontrollratsgesetzen und dem Potsdamer Abkommen entwickelt wurde, in die Diskussion zu bringen.

Faschismus ist eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Jörg Detjen ■

Inhalt:

Die linken Freunde der Freien Nationalisten 5
Proteste in München: „Ihr Job ist der Krieg" 7

Zinnfiguren und rechte Autoren

BERLIN. Freunden von Zinnfiguren dürfte das Geschäft „Berliner Zinnfiguren“ in Berlin-Charlottenburg bekannt sein. Das Geschäft hat gerade seinen Jahreskatalog für das Jahr 2005 herausgegeben, der auch an Kiosken erhältlich ist. Hier findet man längst nicht nur Zinnfiguren, sondern auch das Angebot des „Preussischen Bücherkabinett“ mit Büchern, DVDs und Musik-CDs rund ums Militär. Unangenehm fällt dort auf, das auch Bücher neofaschistischer Autoren bzw. aus neofaschistischen Verlagen zu finden sind. Unter den feilgebotenen Waren findet man u.a. Hajo Herrmann mit seiner Doppel-CD „Kleine Odyssee. Der Luftangriff auf den Hafen von Piräus“ aus dem Nettetaler Vox Libri-Verlag. Der ehemalige „Kampfflieger“ sprach im vergangenen Jahr auf dem „Freiheitlichen Kongreß“ der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ und ist Träger der Ulrich-von-Hutten-Medaille der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP). Vertreten ist auch das Buch „Ritterkreuzträger des Panzerkorps Großdeutschland“ von Ralph Tegethoff aus Bad Honnef. Der ehemalige Funktionär der „mit der NSDAP wesensverwandten“ „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (1995 verboten) ist Autor des „Deutsche Stimme“-Verlags der NPD und nun auch deren Landtagskandidat in Nordrhein-Westfalen.

Zu finden ist auch „Moskaus Griff nach der Weltmacht“ von Wjatscheslaw Daschitschew. Der russische Professor ist Autor der „Deutschen National-Zeitung“ des DVU-Chefs Frey und sprach im vergangenen Jahr bei der DVU in Brandenburg. Mit seinem bei „Mittler“ herausgegebenen Buch „Unternehmen Barbarossa“ vertreten ist auch Dr. Walter Post. Der Münchener sprach in der Vergangenheit schon bei den „Republikanern“ und der „DVU“ und wird auch für den im März stattfindenden „Freiheitlichen Kongreß“ der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ als Redner angekündigt. Natürlich darf auch Franz Kurowski nicht fehlen, in den 80iger Jahren Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), sowie der ehemalige Generalleutnant Franz Uhle-Wettler mit seinem Buch „Erich Ludendorff in seiner Zeit“, das bei der extrem rechten „Verlagsgemeinschaft Berg“ erschien. Uhle-Wettler sprach noch im letzten Jahr auf einer Kundgebung in Rom für den in Italien inhaftierten NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke. Geworben wurde für das „Preussische Bücherkabinett“ in der Vergangenheit auch schon in der einschlägig rechten „Deutschen Militärzeitschrift“.

hma ■

„Deutschland“ indiziert

KÖLN. In die „Liste der jugendgefährdenden Medien“ aufgenommen wurde Ende 2004 die Zeitschrift „Deutschland – Schrift für idealistische Ordnung“. Die vom Wilhelm-Kammeier-Verein mit Postfach in Köln herausgegebene Zeitschrift war erst im letzten Jahr von dem Remscheider Ernst-Günter Kögel übernommen worden, der wegen „Volksverhetzung“ verurteilt wurde und nun ein Jahr und drei Monate im Gefängnis absitzen muss. Die „Deutschland“-Ausgabe Nummer 5-6/2005 gebe „eine den Holocaust verharmlosende, antisemitische Haltung wieder“, so die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ in ihrem Urteil. Die „Massenmorde an der russischen Bevölkerung während Hitlers Rußlandfeldzug werden negiert und als Morde von Stalins Schergen dargestellt“. Berichte von Zeitzeugen und Geständnisse angeklagter Kriegsverbrecher über Massenmorde an Juden „werden als unter Folter erpresste Geschichtsfälschung beschrieben und es wird die Frage aufgeworfen, ob im sog. Dritten Reich wirklich Juden mit Cyclon-B vergast wurden“. Eng verbunden ist der Verein mit der „Gemeinschaft Deutscher Idealisten“ und dem „GUWG-Verlag“ um Gerrit Ullrich in Kerpen. Der bietet zur Zeit u.a. die zweibändige Ausgabe des Buches „Der gefälschte Mensch“ mit dem Untertitel „Zur Befreiung vom materialistischen Wahn oder die Suche nach dem Ursprung des deutschen Wesens, der idealistisch-deutschen Lebensordnung“ an.

hma ■

Weitere Rechtsverschiebung in Dänemark

KOPENHAGEN. Nach dem Wahlsieg der „Mitte-rechts-Regierung“ hat Dänemarks Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen angekündigt, seine harte Linie gegen Einwanderer fortzusetzen. Die Regierungskoalition aus Rasmussens Liberalen und den Konservativen hatte in den vergangenen vier Jahren mit Unterstützung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DF) besonders restriktive Asylpolitik betrieben. So wurden etwa Sozialleistungen für Asylbewerber gekürzt und die Mindestwartezeit für die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis von drei auf sieben Jahre erhöht.

Auf die bisherige Mitte-rechts-Koalition entfielen laut vorläufigem amtlichen Endergebnis 52,5 Prozent der Stimmen, nahezu so viel wie 2001. Innerhalb des bürgerlichen Lagers verschob sich das Gewicht allerdings zugunsten der konservativen und nationalistischen Rechten: Die Liberalen verloren vier Sitze, bleiben aber mit 52 Sitzen stärkste Partei. Die Konservativen legten um drei auf 19 Mandate zu, die Volkspartei um zwei auf 24 Sitze. Damit wird sich Rasmussen noch enger an die Forderungen der rechtspopulistischen Volkspartei als Stütze seiner Minderheitsregierung anlehnen.

kun ■

Gefälschte Talmudzitate vor Gericht

BOCHUM. Soeben musste sich der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD und Kandidat zur Landtagswahl, Claus Cremer (26), vor dem Bochumer Landgericht wegen Volksverhetzung verantworten. Er wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, die Strafe wurde zur Bewährung auf drei Jahre ausgesetzt. U.a. hatte Cremer behauptet, der jüdische Talmud befürworte den Kindesmissbrauch – er selbst, Cremer, habe dazu im Talmud „einmal nachgeschlagen“.

Antisemitische Hetze unter Berufung auf angebliche Aussagen im Talmud hat eine lange Tradition, die im Nazismus ihren Höhepunkt fand. Die einschlägigen Kompendien mit Verdrehungen und Verfälschungen kursieren bis heute. Sie setzen in ihrer Wirkung darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung nichts über den Talmud weiß und manche dann die angeblichen Zitate für echt halten.

Aber es gab schon im 19. Jahrhundert kompetente Gegenwehr. Doch diese Widerlegungen sind weitgehend vergessen, die Texte nur schwer zu bekommen. Daher stellt das DISS eine Volltext-Dokumentation solcher Schriften zur Widerlegung der antisemitischen Talmud-Legenden und -Fälschungen zur Verfügung. Ein Prozess in den Jahren 1883-1885 in Wien steht dabei im Zentrum. Damals gelang es dem österreichischen Rechtsanwalt Josef Kopp, ein Wiener Gericht von der Notwendigkeit zu überzeugen, unzählige der seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert ständig neu kolportierten Talmud-Fälschungen – erstmals – von kompetenten Gutachtern überprüfen, d. h. widerlegen zu lassen. Kopp erwirkte einen Zeitraum von 1 ½ Jahren für die Vorbereitung. Angefragt waren Fachleute und Universitätsinstitute in ganz Europa. Schließlich wurden vom Gericht zwei Gutachter bestimmt, die über 300 Talmud-Stellen authentisch übersetzten. Erstmals seit den Talmud-Fälschungen durch die römisch-katholische Zensurbehörde Ende des 16. Jahrhunderts entstand so ein Kompendium gerichtsverwertbarer Expertisen gegen gefälschte Talmud-Zitate.

Die umfangreichen Experten-Gutachten und Widerlegungen sind angesichts der bis heute reichenden, rechtsextremistischen Agitation von ganz aktuellem juristischen Interesse für Anwälte und Staatsanwaltschaften – nie wieder da-

nach sind derart umfangreiche, gerichtsverwertbare Materialien gegen Fälschungen und ihre Verbreiter zusammengetragen worden.

Das DISS stellt auf seiner Homepage einige der Quellen im Volltext zur Verfügung

– Zwei Schriften des Rabbiners I. Kroner (Hannover) aus dem Jahr 1871, in denen er weit über 60 gefälschte Talmud-Zitate aus den talmudischen Quellen widerlegt.

– Eine Darstellung des Talmud durch den Londoner Gelehrten Emanuel Deutsch aus dem Jahr 1869.

– Die Dokumentation des Wiener Rechtsanwalts Josef Kopp unter dem Titel „Zur Judenfrage nach den Akten des Prozesses Rohling-Bloch aus dem Jahr 1886". *Alfred Schobert* ■

Der Einführungstext findet sich unter: http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/1%20ArtiikelFebruar2005.htm

Den ORF im Visier

ÖSTERREICH/WIEN. An die Erfolge bundesdeutscher „Sprachbewahrer" anknüpfen will eine Unterschriftenaktion von „SOS Heimat. Interessensgemeinschaft für Österreich". Sie fordert „Weg mit den Anglizismen im ORF", denn „Deutsch" sei laut Verfassung die Staatssprache in Österreich und „damit ein herausragendes Merkmal der Identität unseres Land". Ohne „Rücksicht auf die Mehrheit der Gebühren zahlenden deutschsprachigen Österreicher" würden „deutsche Wörter und Bezeichnungen abgeschafft" und „vermehrt Anglizismen eingeführt", heißt es dort. Eine „McDonaldisierung unserer Heimat" werde abgelehnt. Unterstützt wird die Unterschriftenaktion der ominösen Gruppe auch von der Zeitschrift „Der Eckart", früher „Eckartbote", der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft". *hma* ■

Österreichische Neonazis von bayerischer Polizei gestoppt

MÜNCHEN. Am 5. Februar machten laut eines Berichtes des neonazistischen Nationaldemokratischen Aktionsbüros (NDAB) mehrere Aktivisten „Bekanntschaft mit der Münchner Exekutive": Zunächst wurden die Personalien der Neonazis aufgenommen, dann diese durchsucht. Mehrere Exemplare des NDAB-Hetzblattes ‚Der Jud', Aufkleber und Hemden mit dem NDAB-Logo wurden beschlagnahmt, die „Gruppe wurde mit zum Polizeipräsidium München genommen und dort stundenlang festgehalten". Trotzig lassen die vermeintlich schikanierten NDAB-Aktivisten ihren Bericht enden: „Wir verstehen diese Repression als Einladung wieder zu kommen. Das werden wir tun. Jeder, der in München eine Aktion oder Demonstration machen möchte, hat von nun an unsere vollste Unterstützung. Begonnen wird damit, dass wir den Aufrufen der nächsten beiden Demonstrationen Folge leisten. München, wir werden dich nie vergessen. Und wir werden dafür sorgen, dass uns München nie vergisst." ■

BDVG vor Verbot?

WIEN. Die eng mit dem oberösterreichischen Bund freier Jugend (BfJ) kooperierende Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG) steht laut deutschen Medienberichten vor einem Verbot. Deren Anführer Lars Käppler, der von den Behörden als „gefährlicher Neonazi" bezeichnet wird, hat deshalb seinen Austritt bekannt gegeben. Nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern bereitet Käppler auch seinen Umzug nach Rosenberg-Hohenberg bei Ellwangen vor. Dort hat der aus Österreich stammende Neonazi Andreas Thierry um 45.000 Euro einen alten Gasthof ersteigert. Es sei nun zu befürchten, dass dieser zu einem Zentrum der Neonaziszene ausgebaut wird.

In Österreich ist Käppler zuletzt 2003 beim „Tag der volkstreuen Jugend" des BfJ in Wels aufgetreten. Dieses Neonazi-Treffen soll heuer übrigens am 19. März an einem geheim gehaltenen Ort in Oberösterreich über die Bühne gehen

Neues von ganz rechts - Februar 2005
www.doew.at ■

NPD verpasst Einzug in den Landtag

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Die NPD erreichte bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein 1,9 Prozent der Wählerstimmen und hat den Einzug in den Landtag damit klar verpasst. Umfragen hatten der NPD in Schleswig-Holstein etwa drei Prozent prognostiziert. Die hat sie nur in wenigen Orten erreicht, etwa in Uetersen (3,5 %), Neumünster (3,2 %), Mölln und Lauenburg an der Elbe (3,1 %) und in Geesthacht (3 %). In Kaltenkirchen, Glückstadt und Schwarzenbach kam sie auf 2,8 %, in Lübeck auf 2,5 % gegenüber 1,5 % bei den Landtagswahlen 2000, in Kiel auf 1,9 % gegenüber 0,8 % in 2000.

Mit dem Einzug der NPD in den Landtag war nicht wirklich zu rechnen, der Aufwärtstrend bei den Wählerstimmen ist aber auch in Schleswig-Holstein ziemlich deutlich. Die Reaktion vieler Medien, vor allem herauszustellen, dass die NPD an die Erfolge in Sachsen nicht habe anknüpfen können, ist deshalb vorschnell und beschönigend.

Bei den letzten Landtagswahlen hatte die NPD 1 % = 15121 Stimmen, bei den Bundestagswahlen erreichte sie nur 0,3 % (4701 Zweitstimmen), bei der Europawahl 2004 0,5 % = 4208 Stimmen. Insgesamt hat sie also in sämtlichen Wahlkreisen zugelegt, in manchen ihre Stimmen verdoppelt und verdreifacht und Wahlkampfkostenerstattung wird ebenfalls fließen.

So wird denn auch in ersten Stellungnahmen der NPD selbst vor allem über Medienhetze gegen sie geklagt und ansonsten auf die nächsten anstehenden Wahlen wie die Landtagswahl in NRW und vor allem auf die Bundestagswahl 2006 orientiert. Kein Grund also, erleichtert zu sein über dieses Abschneiden in Schleswig-Holstein. *u.b.* ■

Landtagswahl am 20. Februar 2005

- Vorläufige Ergebnisse -

Land Schleswig-Holstein

Wahlmerkmal	Landtagswahl 2005 -Erststimmen-		Landtagswahl 2000 -Erststimmen-		Veränd. 2005 zu 2000	Landtagswahl 2005 -Zweitstimmen-		Landtagswahl 2000 -Zweitstimmen-		Veränd. 2005 zu 2000
	Anzahl	%	Anzahl	%	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%
Wahlberechtigte	2185597		2135881			2185597		2135881		
Wähler/-innen	1455171	66,6	1484469	69,5	-2,9	1455171	66,6	1484469	69,5	-2,9
Ungültig	41780	2,9	34561	2,3	0,5	20544	1,4	20373	1,4	0,0
Gültig	1413391	97,1	1449908	97,7	-0,5	1434627	98,6	1464096	98,6	0,0
Davon entfallen auf										
SPD	581316	41,1	690007	47,6	-6,5	554844	38,7	630728	43,1	-4,4
CDU	614019	43,4	567608	39,1	4,3	576100	40,2	515421	35,2	5,0
FDP	87883	6,2	78683	5,4	0,8	94920	6,6	111649	7,6	-1,0
GRÜNE	76878	5,4	63277	4,4	1,1	89330	6,2	91389	6,2	0,0
SSW	38052	2,7	37114	2,6	0,1	51901	3,6	60367	4,1	-0,5
PDS	6709	0,5	3868	0,3	0,2	11376	0,8	20066	1,4	-0,6
NPD	3791	0,3	1405	0,1	0,2	27656	1,9	15121	1,0	0,9
GRAUE	–	0,0	–	–	0,0	7523	0,5	3928	0,3	0,3
PBC	–	0,0	1119	0,1	-0,1	2932	0,2	2675	0,2	0,0
DKP	–	0,0	702	0,0	0,0	1289	0,1	–	–	0,1
DSP	2760	0,2	–	–	0,2	3499	0,2	–	–	0,2
FAMILIE	–	0,0	–	–	0,0	11774	0,8	–	–	0,8
Offensive D	–	0,0	–	–	0,0	1483	0,1	–	–	0,1
EzB 1	1983	0,1	441	0,0	0,1	–	–	–	–	–
Andere*	–	–	5684	0,4	-0,4	–	–	12752	0,9	-0,9

*L00-Erst:DIE FRAUEN,STATT Partei,BP; L00-Zweit:DIE FRAUEN,STATT Partei

Bei den Prozentangaben wird im Bereich 4.95 bis 4.99 nicht aufgerundet.

5000 Rechtsradikale aus dem gesamten Bundesgebiet deuten in Dresden Geschichte um

Fotos: indymedia

Der 13. Februar 1945 in Dresden ist ein zentrales Identifikationsthema für die extreme Rechte. 5000 Neonazis kamen diesmal nach Sachsen und übten den Schulterschluss.

„Die tolle Verdrängung aller Fakten und Wertungen über die Hitlerzeit und den Krieg muss bei uns aufhören“, schrieb Bertolt Brecht 1956 in einem Brief. Ein Jahr zuvor war seine „Kriegsfibel“ erschienen. 50 Jahre später muss indes selbst Brecht für Versuche herhalten, Hitlerzeit, Krieg und die Bombardierung Dresdens im Sinne rechtsradikaler Propagandisten umzudeuten. „Dresden, Irak. Phosphor, Napalm, Sprengbomben“, stand auf der Schleife des Kranzes, den die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) auf dem Dresdner Heidefriedhof gestern niederlegte. Darunter findet sich ein Zitat aus der „Kriegsfibel“: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch...“

Der Missbrauch des Zitats gehört zu den Tiefpunkten einer rechtsextremen Kampagne, mit der die Angriffe alliierter Bomber auf die sächsische Stadt zum „Völkermord“ uminterpretiert und mit dem Holocaust auf eine Stufe gestellt werden sollen. Die Pflege eines deutschen Opfermythos auf den „Trauermärschen“ der JLO hat dabei in der Szene inzwischen eine ähnliche Bedeutung wie das Rudolf-Hess-Gedenken in Wunsiedel.

Dass die Veranstaltungen offenbar auch geeignet sind, für Einigkeit am rechten Rand zu sorgen, wurde gestern in Dresden unter Beweis gestellt: Zum Aufmarsch am 60. Jahrestag kamen 5000 Teilnehmer, die sich aus Kameradschaften aus der gesamten Bundesrepublik ebenso rekrutierten wie aus rechtsradikalen Parteien. Auf dem Podium standen hinter Kreuzen mit den Aufschriften „Dresden“, „Hiroshima“, „Vietnam“ und „Bagdad“ deren führende Köpfe beieinander: der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der sächsische Fraktionschef Holger Apfel, der frühere Republikaner-Vorsitzende Franz Schönhuber und DVU-Chef Gerhard Frey. Schönhuber fordert, die Deutschen vom „Marterpfahl einer manipulierten Geschichtsschreibung“ zu befreien, und bezieht sich auf die Dresdner Opferzahl, die er selbst auf „mindestens 200000“, ein Plakat sogar auf 350000 beziffert. Eine neue Untersuchung im Auftrag der Stadt hat dagegen die bekannten Zahlen von rund 35000 bestätigt. Kolportiert wurden auch Behauptungen, bei den Angriffen seien Phosphor und Tieffflieger zum Einsatz gekommen und eine „unschuldige Lazarettstadt“ attackiert worden, was JLO-Chef Alexander Kleber von einem „deutschen Hiroshima“ sprechen und DVU-Chef Frey den Begriff vom „Bomben-Holocaust“ aufgreifen ließ. Der britische Botschafter Sir Peter Torry nannte derlei Vergleiche gestern „Besorgnis erregend“ und erklärte, die Vernichtung von sechs Millionen Unschuldigen habe mit einem Angriff „mitten im Krieg auf einen Nachschubpunkt der Wehrmacht nichts zu tun“.

In der Stadt gab es eine Vielzahl von Versuchen, sich dem rechtsradikalen Aufmarsch direkt oder symbolisch zu widersetzen. Unterwegs wurde die Nazi-Demo immer wieder von Autonomen gestört, die sich jedoch meist einer Übermacht tief gestaffelter Polizeieinheiten gegenüber sah. Für den Abend wurden Tausende Bürger zu Protesten erwartet. Ein Aufruf von Bürgern, durch das Tragen einer weißen Rose still gegen die Vereinnahmungsversuche der Neonazis zu protestieren, hatte indes nur bedingt Erfolg: Die Kunstblumen aus Sebnitz wurden auch von Skinheads und in der ersten Reihe des Nazi-Aufmarsches am Revers getragen.

Hendrik Lasch, Dresden, ND 14.2.05 ■

Rechtsextreme Gewalt in Sachsen besonders hoch

Sachsen lag 2004 in einer ostdeutschlandweiten Statistik zur Anzahl rechtsextremer Gewalttaten gegen Menschen vorn. Von rund 550 registrierten Angriffen Rechtsextremer kamen laut einer gestern veröffentlichten Statistik des Bundesprogrammes Civitas 144 auf den Freistaat. Es folgen Brandenburg (136), Sachsen-Anhalt (109), Mecklenburg-Vorpommern (58), Berlin (54) und Thüringen (48).

Rund 800 Menschen waren davon betroffen. In der Mehrzahl handelte es sich um Körperverletzungen. Im vergangenen Jahr betreuten die Civitas-Beratungsstellen nach eigenen Angaben insgesamt 1 230 Menschen. Davon waren rund 820 Frauen und Männer direkte Gewaltopfer. Mindestens 360 Betroffene waren Flüchtlinge, Migranten oder Aussiedler, die aus rassistischen Motiven angegriffen wurden.

Sächsische Zeitung, 10.2.05

Die linken Freunde der Freien Nationalisten

Annäherung an die NPD spaltet Kameradschaftsszene. NPD will am 1. Mai in Nürnberg und Magdeburg aufmarschieren. „Autonome Nationalisten" wollen nach Leipzig.

Sie tragen schwarze Kapuzenshirts, hören HipHop und Hardcore und sind vom Outfit linker Jugendlicher kaum zu unterscheiden. „Die Kommenden" heißt eine ihrer Internetseiten. Dort verweisen die „nationalen Sozialisten" auf Seiten des irakischen Widerstandes, eine maoistische Splittergruppe und die Marxistischen Blätter. Auch die PDS, die Junge Welt und selbst die anarchosyndikalistische FAU ist vor ihren Umarmungsversuchen nicht gefeit. Instrumentalisiert wird, was in die Finger kommt.

Sich selbst bezeichnen die „Freien Nationalisten" zuweilen auch als „Nationalrevolutionäre" oder „Völkische Sozialisten". Der Alte Herr der bundesdeutschen Naziszene, Christian Worch (48) rechnet sie zu den „parteifreien Nationalisten" und trägt seinerseits zu der beklagten „hübschen Verwirrung im sprachlichen wie auch politischen Sinne" bei. Den nachwachsenden Jungaktivisten ist das alles zu kompliziert und altbacken. Außerdem taugen die hergebrachten Selbstbeschreibungen nicht zur gewünschten Abgrenzung, weshalb die „Autonomen Nationalisten" zusammen mit ihrer Wortneuschöpfung versuchen, sich ein zeitgemäßeres Erscheinungsbild zuzulegen. „10 Jahre war ich Skinhead und einige Zeit ‚Scheitel'. Nichts hat es gebracht, jetzt hab ich mich dieser Fesseln entledigt" beschreibt ein „Autonomer Nationaler Revolutionär" im Internetforum seinen Wandel zum neuen Lifestyle: „Volkstanz, Trachtengruppe, 1933-Romantik, Subkultur, feste verkrustete Strukturen, alles das ist in unseren Augen hindernd, hemmend, kontraproduktiv".

Was als persönliche Biografie daher kommt, ist eins von vielen möglichen Beispielen für die Ausdifferenzierung der neofaschistischen Szene in verschiedene Subkulturen und kulturelle Milieus. Dazu kommen Allianzen oder wie der Verfassungsschutz schreibt, „Mischszenen", die das Kameradschaftsspektrum mit Rockercliquen, Hooligans sowie diverse, über Musikstile geprägte Identitäten und Zugehörigkeiten in sich vereinen.

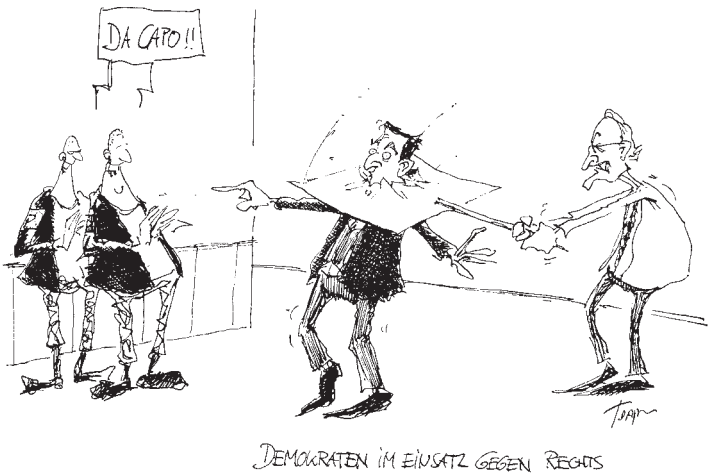
Die neue Unübersichtlichkeit führt in der traditionell auf Führung und Gefolgschaft ausgerichteten Naziszene zu Konflikten: Tätowierte Teilnehmer werden bei Aufmärschen von anderen Nazis als „Halbaffen" beschimpft. „Der Block" der Autonomen Nationalisten, so berichtet Christian Worch in einem Schreiben vom 26. Januar, soll von den Wulf-Getreuen zukünftig bei Aufmärschen rausgeworfen werden. Und schließlich bläst die älteste Partei des bundesdeutschen Neofaschismus aus Furcht vor „falschen Freunden" ihre zentrale Veranstaltung in Berlin ab und orientiert auf zwei regionale Demonstrationen in Nürnberg und Magdeburg, so der Pressesprecher Klaus Beier. Ebenfalls am 1. Mai ruft Worch seine Anhänger zum nunmehr „13. Aufmarsch" durch Leipzig auf. Mit der Absage einer zentralen Konkurrenzveranstaltung hofft man bei der NPD darauf, dass im Gegenzug die „Autonomen Nationalisten" darauf verzichten, am 8. Mai den zentralen Aufmarsch von JN und Freien Kameradschaften unter dem Motto „Schluß mit dem Schuldkult" zu stören.

Hier, so dürfte in diesem kleinen Überblick deutlich geworden seien, geht es um mehr als Generations- und Kulturkonflikte – hier tobt der Kampf um Macht und Einfluss. Allen voran der NPD-Vorstand, der mittels Ämterhäufung und Patronage seine Vormachtstellung abzusichern sucht. Holger Apfel zum Beispiel vereint den Posten des Verlagsleiters und Chefredakteurs der Parteizeitung, des stellvertretenden Parteivorsitzenden, des Fraktionschefs im Dresdner Stadtrat und schließlich auch noch des Fraktionsvorsitzenden im sächsischem Landtag – alles in einer Person.

Aber auch die bundesweit etwa 150 freien Kameradschaften, von denen ein großer Teil über sogenannte „Aktionsbüros" regional untereinander vernetzt sind, festigen und zentralisieren ihre Strukturen. Das stets gut informierte Antifaschistische Infoblatt berichtet von Kadertreffen unter Federführung des Nationalen und Sozialen Aktionsbüro Norddeutschland, als „Versuch der alten Kaderecke, erneut das Zepter in die Hand zu nehmen und eine geeinte nationale Bewegung zu führen". Der einstige „informelle Führer" der Kameradschaftsszene, Christian Worch, gerät dabei immer weiter ins Hintertreffen und versucht sich neuerdings als Mentor der „Autonomen Nationalisten" zu profilieren. In drei Stufen entwickelt sich die Rekrutierung neuer Anhänger seiner Vorstellungen nach so: „Die Komunikation untereinander ist die Basis für alles andere; ihr folgt die Zusammenarbeit, und erst dann, als gewissermaßen höchste Ebene, kann das Kommando stehen". Der Wille zur Macht ist Worch wie Wulf zusammen mit ihrem erklärten Bekenntnis zum Nationalsozialismus gemein. Und selbst in der Frage der umstrittenen Zusammenarbeit pro und contra NPD fällt auf, dass Worch und Wulf in den vergangenen Jahren ihre jeweiligen Position lediglich vertauscht haben. Während Worch vor dem Parteiverbotsverfahren einer pragmatischen Zusammenarbeit mit der NPD – auch in Hamburg – gegenüber offen eingestellt war, zeigte Wulf bis vor wenigen Jahren überhaupt kein Interesse.

Zu guter Letzt verwandeln sich auch diejenigen Teile der „Freien Nationalisten", die sich linker Symbole und Rhetorik bedienen noch lange nicht in „Linke". Selbst in ihrer antiimperialistischen und sozialrevolutionären Kostümierung bleiben die „Völkischen" als das erkennbar, was sie sind: Anhänger der Vorstellung von der Ungleichheit der Menschen, wie sie sich in ihren gesellschaftspolitischen Forderungen als auch in ihren Organisationsstrukturen über Hierarchie, Unterordnung und Ausgrenzung ausdrückt.

kun ■



Quellen: Eigenbezeichnung „nationalrevolutionäre Onlinezeitung": thttp://www.die-kommenden.net, Zum Beispiel „Autonome Nationalisten" aus der Eifel: http://www.aktionsbuendnis-eifel.de.vu, Christian Worch. Über Freien und Autonomen Nationalismus, vom 26.1.2005: http://freier-widerstand.net/forum/thread.php?threadid=3250&boardid=28&styleid=5,

Nazimobilisierung zum 1. Mai nach Leipzig: http://freier-widerstand.net/1mai , Infos zur antifaschistischen Mobilisierung in Leipzig demnächst voraussichtlich unter: http://left-action.de/antifa

Eine politische Front gegen die Faschisten?

Die CSU schert aus ...

Die CSU, geführt von Stoiber, versucht eine Deutung der Wählerzustimmung für die Rechtsextremen, die als Antwort auf die wirtschaftspolitischen Misserfolge und die sozialpolitischen Zumutungen der Regierungspolitik aufgefasst werden soll. Stoiber äußert sich nicht mit dem Ziel, soziokulturelle Zusammenhänge nachvollziehbar aufzuklären. Er ist nicht Politikberater, sondern Politiker, er will gestalten, eine Diskussion auf die Schiene bringen usw. Was hat er genau gesagt? Worauf will er hinaus?

Eine jüngste einschlägige Äußerung in einem Interview des Münchner Merkur (8.2.05):

„*Münchner Merkur:* Sie machen die Regierung für das Erstarken der Rechtsradikalen verantwortlich. Wollen Sie damit die Umtriebe von NPD und DVU entschuldigen?

Stoiber: Nein … Selbstverständlich müssen alle Demokraten gemeinsam gegen Extremisten gleichwelcher Couleur zusammenstehen und den Bürgern deutlich sagen, dass Extremisten wie die NPD keinerlei Rezepte gegen die hohe Arbeitslosigkeit haben. Gerade im Osten sind zunehmend junge Menschen arbeitslos. Wenn sie die Erfahrung machen, von der Gesellschaft nicht gebraucht zu werden, kann dies in den Protest führen. Damit werden jüngere Menschen letztlich auch anfälliger für extremistische Positionen."

Die Antwort lässt sich in zwei Aussagen auflösen.

Vor allem geht es Stoiber darum, den Extremismus-Begriff aufzufrischen. Die Union sucht eine Form der Auseinandersetzung mit DVU und NPD, die auch die PDS einschließt. Die Links = Rechts-Fiktion hat in den letzten Monaten stark gelitten. Handgreiflich ist der Unterschied zwischen der auf Solidarität und Völkerverständigung basierten Kritik und Reformpolitik, die von der PDS repräsentiert wird, und den nationalistischen Umsturzvisionen der Nazis. Die Union steht vor einer Gewissensfrage. Soll sie diesen Unterschied zugeben, ja sogar machen, d.h sich weiterhin und vermehrt einlassen auf Vereinbarungen und Bündnisse antifaschistischer Zielsetzung unter Einschluss der Linken, konkret der PDS? Stoiber will das nicht.

Eine solche antifaschistische Strategie wäre unter Bezug auf den christlichen Wertekanon – Stichwort Menschenwürde – möglich. Warum also nicht?

Zur Grundstruktur der Union gehört nicht nur der Bezug auf universale Werte wie Menschenwürde, sondern auch ein Konservatismus, der Kulturverständnis im Nationalen gründet und, damit nicht genug, das staatliche Gewaltmonopol zur Wahrung der, wie das Fachwort lautet, angestammten Leitkultur verpflichtet sieht.

Diese Konstruktion schafft Brücken zwischen dem christlich-konservativen Lager und den völkischen Staatsvorstellungen der Nazis. Die Stoßrichtung der Kritik gegen „den Extremismus" ermöglicht es, die Kritik an den Nazis so zu führen, dass der leitkulturelle Nationalismus nicht berührt wird.

Nun steht es leider fest, dass der Aufschwung der Nazis in den letzten zwei Jahrzehnten praktisch vor allem im Rahmen einer ausländerfeindlichen Kampagne stattfand, bei der es darum ging, durch Zuzugsbeschränkung und ausgrenzende Sozialgesetzgebung die Parole „Deutschland den Deutschen" praktisch zu machen. In dieser Kampagne sind die Nazis erstarkt, und zwar, weil sie den Staat zum Handeln veranlassen konnten.

Gegenwärtig führen die Nazis eine Kampagne zur massenhaften Konstituierung völkischen Geschichtsbewusstseins, die mit der BRD-Staatspolitik korreliert, wo diese nach Revision der Nachkriegsordnung strebt. Der Eklat von Dresden hatte das erkennbare Ziel, die anderen Parteien auf diesem Gebiet zu stellen. Parallel führen die Nazis eine Sozialkampagne, die einerseits an der verfestigten Ausländerfeindlichkeit anknüpfen kann, andererseits aber eine Wendung gegen das international, im nationalen Sinne nicht verantwortlich agierende Kapital erlaubt.

Hier setzt nun Stoibers Wahlkampf an. Er sagt erstens, dass die Wählerzustimmung für NPD und DVU zurückgehen würde, wenn die Arbeitsmarktsituation besser wäre, er sagt zweitens, dass die Wirtschaftspolitik der Regierungsmehrheit an der schlechten Arbeitsmarktsituation schuld sei, und er sagt drittens, dass mit der Union eine Besserung eintreten würde. Diese aufeinandergetürmten Konjunktive dürften sich nicht dazu eignen, den Faschisten Wind aus den Segeln zu nehmen. Im Gegenteil entwaffnet eine solche Argumentation, falls die Nachfrageschwäche auf dem Arbeitsmarkt noch einige Zeit anhält.

Dann kommt es nämlich darauf an, wie die Gesellschaft mit dem Problem umgeht unter Gesichtspunkten der Menschenwürde und ökonomisch unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Arbeitsvermögens dieser vielen Millionen Menschen. Stoibers Interpretation ist darauf berechnet, den Druck auf die Anbieter auf dem Arbeitsmarkt aufrecht zu erhalten. Die Verletzungen der Menschenwürde, die mit der so beschaffenen Sozialgesetzgebung verbunden sind, dienen den Faschisten auf zweierlei Weise: Vor allem dadurch, dass sie Menschenwürde zum Spielball staatlichen Handelns machen, das nützt faschistischer Strategiebildung. Und dann durch die Angst, der sie das Erlösungsversprechen erfüllter Volksgemeinschaft entgegensetzen, was Anhänger locken mag.

maf ■

Das Forum solidarisches und friedliches Augsburg hat auf seiner Website eine Artikelreihe begonnen, auf die wir hinweisen möchten. Unter dem Titel

„Das juristische Instrumentarium gegen faschistische Propaganda – Welche Entwicklungen gibt es?"

ist ein erster Teil bereits abrufbar:

Teil 1: Verfassung, Strafrecht, Versammlungsgesetz

* Die Versammlungsfreiheit
* Rechtsprechung von Oberverwaltungsgericht NRW und Bundesverfassungsgericht
* Meinungsfreiheit
* Änderung der Rechtsprechung des BVerfG
* Strafgesetze ändern?
* Grundgesetz ändern?
* Änderung des Versammlungsgesetzes sinnvoll?
* Neue Richter – neue Entscheidungen
* Für ein Verbot rechtsextremer Demonstrationen durch die Kommune!
* NPD-Demonstration Bochum „Stoppt den Synagogenbau..."
* NO-Demonstration Augsburg „Gegen Sozialabbau und Fremdbestimmung"
* NPD-Demonstration Berlin „Keine islamistischen Zentren..."

Teil 2 zum NPD-Verbot folgt umgehend, Teil 3 zum Demonstrationsverbot im Laufe der Woche:

http://www.forumaugsburg.de/s_3themen/Antifa/050215_npd-jur/index.htm

Email: info@forumaugsburg.de
Web: www.forumaugsburg.de

Zu den Protesten am 12.2. in München

„Ihr Job ist der Krieg“

8000 Kriegsgegner ließen sich weder vom Konferenzmotto „Frieden durch Dialog“ noch durch die Teilnahme von UN-Generalsekretär Kofi Annan vom Charakter der Sicherheitskonferenz täuschen.

„Ihr Job ist der Krieg“, erklärte Claus Schreer vom Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am Samstag bei der Auftaktkundgebung am Marienplatz. Die Verleihung einer Friedensmedaille durch „berufsmäßige Kriegsbrandstifter“ an den UN-Generalsekretär sei, als ob die Drogenmafia einen Preis „Keine Macht den Drogen“ stiften würde. Auch der parteilose Europaabgeordnete Tobias Pflüger wies die Friedensrhetorik der Sicherheitskonferenz zurück „Es ist der Frieden der westlichen Staaten gegen die Menschen im Süden. Dieser Frieden bedeutet für viele Menschen Krieg und dagegen protestieren wir hier.“

Von einem Polizeispalier begleitet zogen die Demonstranten in die Nähe des Tagungshotels Bayerischer Hof. Der Protestzug wurde mehrfach von der Polizei angegriffen. Zahlreiche Demonstranten wurden durch Pfefferspray oder Schlagstöcke verletzt. Einem 21-Jährigen wurden mehrere Zähne ausgeschlagen. Angeblich seien auch Flaschen geworfen worden. Bis Samstag abend wurden 49 Demonstranten verhaftet und vier „vorbeugend“ in Gewahrsam genommen, unter anderem „wegen langer Nieten an der Kleidung“, wie ein Polizeisprecher erklärte. Alle Festgenommenen kamen in der Nacht zum Sonntag wieder frei. *Nick Brauns* ■

Frieden und Gerechtigkeit gestalten – Nein zum Krieg! Internationale und öffentliche Gegenveranstaltung zur „Sicherheits“konferenz, München, 11.2./13.2.2005

Am Abend des 11.2.05 fand parallel zum Auftakt der Sicherheitskonferenz im Bayerischen Hof im Festsaal des Alten Rathauses München das Eröffnungsforum der internationalen alternativen Friedenskonferenz statt. Die öffentliche Veranstaltung wurde von gut 500 Münchnern und Auswärtigen besucht. Sprecher waren der 3. Bürgermeister Hep Monatzeder für die Stadt München, die die Räumlichkeiten zur Verfügung gesteIIt hat; Prof. Hans-Peter Dürr als Schirmherr der Veranstaltung, Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter von der internationalen Ärztevereinigung zur Verhinderung des Atomkriegs; Dr. Balkrishna Kurvey, indischer Historiker & Präsident des. Indischen Instituts für Abrüstung & Umweltschutz, und Magister Gerald Oberansmayr von der Friedenswerkstatt Linz.

Hier einige ihrer Aussagen:

Aus dem Grußwort von Prof. Hans-Peter Dürr:

• Die Mehrheit der Menschen will keine militarisierte Welt.

• Kooperation und Dialog sind Prinzipien der Evolution, Basis der menschlichen Existenz und Zentrum demokratischer Entscheidungsprozesse.

• D.h. die Grundhaltungen der Friedensbewegung entsprechen den Grundprinzipien des Lebens und werden sich durchsetzen.

Aus dem Vortrag von Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter:

• Nicht der Islamismus ist das Problem, sondern unser Feindbild und unsere Angst vor dem Anderen, unser Verhalten, das Angst und Leid und damit Hass erzeugt.

• Die gewaltfreie Bearbeitung und Überwindung von Konflikten ist möglich. Erfolgreiche Beispiele sind Gandhi, Martin Luther-King, WiIly Brandt, Gorbatschow und Nelson MandeIa.

• Nicht Überlegenheit und Stärke, sondern Mitgefühl und politische Klarheit haben hier Widerstände überwunden, Konflikte beigelegt.

• Grundlage für einen friedensstiftenden Dialog ist das Prinzip der Compassion, auch und gerade mit dem Gegner; das Prinzip der Anerkennung unterschiedlicher Standpunkte, und das konsequente und konsequent gewaltfreie Eintreten für die eigene Iegitime Position.

Aus dem Vortrag von Dr. BaIkrishna Kurvey: „Perspektive globale Gerechtigkeit“

• Kriege haben viele Gründe und die Globalisierung spielt hier, wie in anderen Bereichen teilweise eine positive, teilweise eine negative Rolle, je nach dem, ob es sich um eine Globalisierung von Rechtstandards, v.a. Völkerrechtsstandards, oder um eine Globalisierung von Machtinteressen und Militärpotentialen handelt.

• Es lässt sich aber anhand von Beispielen aus Indien und Pakistan belegen, dass Armeen & militärisches Potential keinen Terrorismus, keinen Bürgerkrieg und keinen lang anhaltenden bewaffneten Konflikt stoppen können, dass aber Verhandlungen, so sie von beiden Seiten gewollt und als notwendig anerkannt sind, sehr bald zu positiven Ergebnissen führen können.

Aus dem Vortrag von Gerald Oberansmayr:

• Das Beispiel der EU-Verfassung und entsprechender Strategiepapiere zeigt, dass Abrüstung und Entmilitarisierung für die europäische Friedensbewegung wieder in Europa beginnen muss. Denn die EU nähert sich ganz offensichtlich der US-amerikanischen Einstellung an, dass Militär ein legitimes Instrument zur Durchsetzung von Interessen sei.

• Damit werden einseitige Schuldzuweisungen und moralische Überlegenheitsgefühle in Richtung USA beispielsweise überflüssig. Angesagt ist viel mehr transnationale Solidarität gewaltfreier Friedensaktivisten.

Konkrete Aktionen:

• Wer Frieden will, muss in Europa mit der EU-Verfassung und den in Europa stationierten Atomwaffen anfangen, aber auch darüber hinausgehen.

• Das zeigt nicht zuletzt die Heidelberger Schülerinitiative „Aktion-Völkerrecht“, die im Februar 2003 als Protest gegen den Irak-Krieg begonnen hat, sehr bald die Aufmerksamkeit und Unterstützung des Heidelberger Max-Plack-Instituts für öffentliches ausländisches Recht und Völkerrecht sowie der UNO gefunden und schon 2004 mit einer offiziellen Delegation die Vereinten Nationen besucht hat.

• Inzwischen ist die Aktion weltweit vertreten und sowohl mit der Aktion 2020 der Mayors for Peace als auch mit Greenpeace vernetzt.

• Wichtigstes Argument ist, dass der Atomwaffensperrvertrag von 1968, dessen turnusmäßige Überprüfungskonferenz im Mai in New York stattfindet, nicht nur die Verpflichtung zur Nichtverbreitung, sondern auch die zur Abrüstung beinhaltet. Derzeit lagern allein in Europa 480 Atombomben, deren rechtlicher Status umstritten ist.

i.A. des Trägerkreises: Sylvia Klein, Thomas Rödl. Trägerkreis: Friedensbündnis München; DFG-VK Bayern; Friedensinitiative Christen in der Region München e.V., Pax Christi München; NaturwissenschaftlerInnen-Initiative; Kreisjugendring München-Stadt. ■

Neonaziaktivitäten zum 60. Jahrestag der Bombardierung Würzburgs

Neonazis aus dem Umfeld der NPD Unterfranken sowie der „freien Kräfte Mainfrankens“ (u.a. Widerstand Aschaffenburg) planen angeblich eine Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Bombardierung Würzburgs. Unter dem Motto „Kein Vergeben! Kein Vergessen! – 60. Jahrestag der Zerstörung Würzburgs“ rufen die Neonazis zu Gedenkfeierlichkeiten (Mahnwache bzw. Kundgebung) am 19.3.05 auf. Geplante Redner sind bisher Thomas „Steiner“ Wulff und Uwe Meenen, sowie musikalische Unterhaltung durch den Liedermacher Michael Müller. Detaillierte Infos über Treffpunkt, Uhrzeit und Route sind bisher noch nicht bekannt.

Die antifaschistische Veranstaltung steht bereits fest, hier der Aufruf dazu:

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Würzburg
Vorplatz des Stadttheaters
Sa., 19. März 2005, 13 Uhr

Am 60. Jahrestag der Zerstörung Würzburgs durch alliierte Bomber rufen wir alle auf, der Opfer des Bombenangriffs und der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Es mag schmerzlich sein, sich eingestehen zu müssen, dass Würzburg keine unverteidigte Stadt im Zweiten Weltkrieg war. Im Gegenteil: Würzburg war der Verwaltungssitz des Gau „Mainfranken“, es gab hier Kasernen, Rüstungsproduktion, Truppen und es war ein Eisenbahnknotenpunkt.

Die Deportation der Juden aus Mainfranken ging von Würzburg aus. In der Stadt war auch eine Außenstelle des KZ Flossenbürg. Der Sitz der Gestapo für Mainfranken war in Würzburg.

Der 16. März 1945 ist für die Würzburgerinnen und Würzburger nie nur ein formales Gedenken an die Opfer des Bombenangriffes. Er ist vor allem verbunden mit einer aktiven Auseinandersetzung über die Geschichte und die Schuld des Nazi-Regimes, die Verantwortung für den industriell betriebenen Völkermord und die Schuld an einer unvergleichlichen Entmoralisierung der Gesellschaft. Dazu gehört das Eingeständnis eigener Verantwortung.

Die Schlussfolgerung kann nur heißen:

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Diese Feststellung lassen wir uns von niemandem nehmen, auch nicht von den neuen Nazis.

Die Zerstörung Würzburgs kann nicht getrennt vom Zweiten Weltkrieg betrachtet werden, der von den Nazis begonnen wurde. Das Schicksal Würzburgs reiht sich ein in die leidvolle Geschichte anderer Städte, wie Rotterdam, Coventry oder Guernica, wo es die deutsche Luftwaffe war,

weiter Seite 9, rechte Spalte

Hand in Hand

DRESDEN/BERLIN. Führende Mitglieder der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) in Sachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen stehen unter konkretem Terrorismus-Verdacht. Dies bestätigt ein ehemaliger Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten" (JN), der sich von der rechtsextremistischen Jugendorganisation losgesagt hat, gegenüber der Redaktion von german-foreign-policy. Demnach bestanden zwischen dem heutigen stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden und Fraktionschef im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, und einem NS-Waffenschieber für Maschinenpistolen, Minen und Handgranaten geschäftliche Beziehungen.

Der ehemalige Jugendfunktionär Jan Zobel war bis 1997 für die „Jungen Nationaldemokraten" (JN) und die NPD in Hamburg tätig, dort JN-Vorsitzender, Pressesprecher des Bundesvorstandes und Chefredakteur des JN-Organs „Einheit und Kampf". Über die rechtsextremistische Szene und ihren bundesweiten Aufstieg, der bis vor kurzem für marginalisierbar gehalten wurde, berichtet Zobel in einer Neuerscheinung, die in wenigen Tagen ausgeliefert wird („Volk am Rand")[1].

Mit dem Stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden und Fraktionschef im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, ist der Autor seit 1993 bekannt. Wie der JN-Aussteiger ausführt, habe Apfel als Verlags- und Redaktionsleiter des NPD-Zentralorgans „Deutsche Stimme" im bayerischen Sinning residiert und ein dortiges Anwesen als Hauptquartier genutzt. Auf dem Gelände beschlagnahmte die Polizei bei einer Hausdurchsuchung im Juni 1998 Maschinenpistolen, Handgranaten, Minen und Maschinengewehrläufe sowie mehrere Kisten NS-Propagandamaterial – angeblich im alleinigen Besitz des Grundeigentümers Anton Pfahler. Pfahler wurde zu drei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt, Apfel und das NPD-Zentralorgan durften unbehindert nach Sachsen ausweichen. „Warum wurde den Beziehungen zwischen Apfel und Pfahler nicht genauer nachgegangen", fragt der Buchautor und JN-Aussteiger Zobel, der darauf hinweist, dass Pfahler ehemaliger „Regionalführer" der „Wehrsportgruppe Hoffmann" ist. Ein Mitglied der Gruppe hatte am 26. September 1980 in München eine Splitterbombe zur Explosion gebracht und dabei ein Blutbad angerichtet.

Laut Zobel haben zahlreiche deutsche Rechtsradikale nie befürchten müssen, ihre Nähe zur Terrorszene könnte sie an der Wahrnehmung parlamentarischer Ämter hindern. So kandidierte Heinrich Förster, ein vorbestraftes NPD-Mitglied, das der Anstiftung zu einem Brandanschlag überführt wurde, bei den letztjährigen Europa-Wahlen auf Listenplatz 22 seiner Partei – ohne größere Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit oder im Ausland hervorzurufen. Förster kämpft heute für den Einzug der NPD in das Kieler Landesparlament, dessen Mitglieder am 20. Februar gewählt werden. Parlamentarier ist bereits Thorsten Crämer, den die Stadt Schwelm (NRW) als Ratsherren führt. Crämer darf als ehemaliger Rädelsführer einer Gruppe von Neonazis bezeichnet werden. „Die 15-köpfige Schlägertruppe, bewaffnet mit Baseballschlägern und Reizgas, hatte auf die Besucher des KZ-Denkmals bei Wuppertal eingeprügelt und sie mit Steinen beworfen." [2]

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) nach dem jüngsten Aufmarsch der Neonazi-Szene in Dresden schreibt, handele es sich bei den deutschen Rechtsradikalen lediglich um „Einige – nicht mehr".[3] Die in ständigem Aufwind befindliche NS-Bewegung besteht demnach aus einem „Haufen Verirrter", die zu einem „Schreckgespenst" stilisiert würden. Die Auseinandersetzung „weit hinten in Sachsen" solle man den dortigen Parteien überlassen, heißt es in der FAZ. Der JN-Aussteiger Jan Zobel hält diese Einschätzung für verhängnisvoll. „Gegen den deutschen Rechtsradikalismus hilft nur ein entschlossenes Vorgehen – auch aus dem Ausland; die deutschen NS-Kader sind im Ausland nie untätig gewesen." Beispiel: Peter Naumann. Der ehemalige Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten" verübte 1978 einen Sprengstoffanschlag auf die römische Gedenkstätte „Fosse Ardeatine", wo deutsche Besatzer im März 1944 mehrere hundert Geiseln erschossen. Wegen weiterer Terroranschläge, die u.a. in Frankreich verübt wurden, kam Naumann 1988 in Haft, wurde frühzeitig entlassen und ist 2005 wieder dabei: als Redner auf der NPD-Großdemonstration am vergangenen Wochenende in Dresden und Hand in Hand mit den parlamentarischen Spitzen der staatlich subventionierten Landtagspartei.

www-german-foreign-policy.com ■

1) Jan Zobel: Volk am Rand, Berlin 2005 (Edition Ost)
2) IDGR / Lexikon des Rechtsextremismus: Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), lexikon.idgr.de
3) Einige – nicht mehr, Frankfurter Allgemeine Zeitung 14.2.2005

8. Mai – Tag der Befreiung

Am 8. Mai jährt sich zum 60. Mal der Tag der Befreiung vom Faschismus. Wir planen eine wissenschaftliche Konferenz zum Thema, eine antifaschistische Demonstration, eine Kundgebung, ein Befreiungsfest. Wir das sind: Gruppen und Organisationen aus der Friedensbewegung, den Gewerkschaften, Organisationen für die Menschenrechte und Verbände und Vereine der Verfolgten und der Opfer und des Widerstandes gegen das Naziregime aus Berlin.

Die Berliner Versammlungsbehörde hat uns inzwischen mitgeteilt, dass sie uns „zeitnah“ mitteilen wird, ob unsere Planungen und Anmeldungen so bestätigt werden.

Denn: Die rechtsextremistische NPD hat auch eine Demonstration angemeldet unter dem Motto: „60 Jahre Befreiungslüge – Schluß mit dem Schuldkult“. Das reiht sich ein in „Auschwitz-Lüge“, „Bomben-Holocaust“ und ähnlicher Volksverhetzung, die von dieser Partei oder deren Mitgliedern betrieben wurde und wird.

Die NPD war früher dran als wir, im Versammlungsrecht gilt: Wer zuerst anmeldet, hat allgemein das Vorrecht.

Gegen eine Bevorzugung der NPD sammeln wir derzeit bundesweit Unterstützer.

Es kann und es darf nicht sein, das Holocaust Leugner und rechtsextreme Ideologen und Schläger das Bild des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus bestimmen und damit eine antifaschistische Gedenkveranstaltung mit Internationalen Gästen (wir erwarten Gäste u.a. aus den USA, Frankreich, Polen, Großbritannien) verdrängen.

Unsere Anwälte arbeiten und argumentieren gegen diesen Skandal, parallel dazu informieren wir derzeit breit bundesweit die Öffentlichkeit, Presse und Medien, Gewerkschaften und Kirchen, Vereine und Verbände, Initiativen und Organisationen, aus dem antirassistischen/antifaschistischen und linken Spektrum und bitten um Unterstützung.

Wir laden alle für den 8.Mai 2005 nach Berlin ein, mit uns zu gedenken und mit uns zu feiern und auch gegen das Vorhaben der NPD zu protestieren.

In jedem Fall jedoch macht das Vorhaben der Rechtsextremen aber einmal mehr deutlich, dass auch an diesem Gedenktag die Demokratie offensiv verteidigt und Widerstand gegen Rechtsextremismus, Hass und Gewalt geleistet werden muss.

Die Theatergruppe „Die Himmlischen Vier“ ist Bestandteil unserer Anmeldung und unserer Vorhaben. Sie hat inzwischen auch den 7. Mai angemeldet (wie auch die NPD, aber hier waren die Himmlischen Vier früher dran als die NPD!), wir – das „Berliner Bündnis 8. Mai“ – werden alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, vom 8. Mai nicht verdrängt zu werden.

Wir planen auch ein Befreiungsfest (der 8. Mai ist der Tag der Befreiung vom Faschismus und damit auch ein Tag zum Feiern und zum Tanzen) mit „Musik der Befreier“, also Künstlern aus Großbritannien, Russland, Frankreich und den USA. Wir arbeiten an einem prominent besetzten Kulturprogramm. Zugesagt hat bereits die Gruppe „Casino Gitano“ (Gypsy-Folk). Wir erwarten weitere Zusagen aus der Kultur- und Musikszene. Unsere Bühne (Großbühne mit Beschallung für mindestens 50.000 Menschen) wird auf der Höhe des sowjetischen Ehrenmals stehen, am Brandenburger Tor plant die sozialistische Jugend „Die Falken“ ein großes Kinderfest, ebenfalls ein Bestandteil unserer Planungen. Damit wäre die Straße des 17. Juni zwischen Brandenburger Tor und sowjetischem Ehrenmal durch uns belegt, die Versammlungsbehörde ist aufgefordert, zu entscheiden, was dem Land mehr Ansehen an diesem Tag und an diesem Ort verleiht. Wir oder die NPD !

Besuchen Sie unsere Webseite www.achter-mai-2005.de, unterstützen Sie unseren Aufruf! Kommen Sie am Wochenende des 6./7./8.5. nach Berlin !

Stefan Zwingel
Berliner Bündnis 8. Mai
Bei Rückfragen:
Tel. und Fax: 030-789 51 341
Mobil: 0179-367 88 22
E-Mail: Stefan.Zwingel@gmx.de ■

die das Flächenbombardement erstmals in der Geschichte der Menschheit gegen Städte anwandte.

Wir wenden uns gegen jede Form der Instrumentalisierung dieses Ereignisses. Der Missbrauch zur Profilierung eigener politischer Ziele darf nicht zugelassen werden. Schon gar nicht der Missbrauch der Opfer dieses Bombenangriffes zur Relativierung der Naziverbrechen.

Deshalb soll auch in Würzburg eine Gedenktafel für alle Opfer des Nationalsozialismus angebracht werden, an der Stelle, wo die Deportation der Juden begann und endete, zum 62. Jahrestag der letzten Verschleppung am 17. Juni 1943.

Gegen Faschismus, Rassismus und Krieg - Für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage!

Das Würzburger Friedensbündnis ■

Plakat-Aktion gegen das Vergessen !

PFORZHEIM. In Pforzheim gibt es derzeit eine öffentliche Auseinandersetzung um den 60. Jahrestag der Bombardierung der Stadt am 23.2. Die Stadtoberen wollen Erinnerungsstelen errichten, auf denen mit keinem Wort auf die deutschen Verbrechen und damit auf die Vorgeschichte der Bombardierung eingegangen wird.

Friedensgruppen und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund wollen nicht vergessen machen lassen, dass zur Vorgeschichte des 23. Februar 1945 der 30. Januar 1933, die 57,5 Prozent Wählerstimmen für die NSDAP in Pforzheim am 5. März 1933 und die Verstrickung hiesiger Betriebe in die Rüstungsindustrie – Zünderproduktion – gehören.

Die Deutsche Friedens-Gesellschaft, der DGB, die Friedens-Initiative, die katholische Friedensorganisation Pax Christi sowie der Freundeskreis Schalom kritisieren die neue Darstellung der Stadtgeschichte auf den Erinnerungsstelen auf dem Wallberg. Dort gibt es weder die Jahreszahlen 1933 bzw. 1939 noch Wörter wie „Nationalsozialismus“, Diktatur“, „Weltkrieg“ oder „Rüstung“. Deswegen hängen ab 10.2. in der Stadt, vor allem vor Schulen, Kirchen und öffentlichen Einrichtungen, Plakate mit Daten und Fakten gegen die beabsichtigte Geschichtsbereinigung durch Weglassen: Aufgeführt sind die Bombardierung Gernikas und der Überfall auf Polen, die Bomben auf Rotterdam, Coventry und Belgrad und der Überfall auf die Sowjetunion. Erinnert wird an den 29. Mai 1942, als die hiesige Industrie vollends von Schmuck und Uhren auf Rüstung umgestellt wurde und an den letzten V-2-Angriff auf London am 29. März 1945.

Für die Friedensgruppen:
Christof Grosse ■

Landeskonferenz in Düsseldorf fordert Ende des die Nazis fördernden V-Leute-Systems

VVN-BdA an Rhein und Ruhr mit Anti-NPD-Plakataktion im ganzen Land

Mit 5000 im ganzen Land geklebten Plakaten „Keine Nazis in die Parlamente“ will die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingreifen. Der amtierende Landtag wurde aufgefordert, noch vor dem Wahltag die Rolle des Geheimdienstes Verfassungsschutz bei dem Desaster eines NPD-Verbotsverfahrens zu untersuchen und das V-Leute-System abzuschaffen. Der Jurist und Autor Dr. Rolf Gössner (Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte) wies vor der Landeskonferenz der VVN-BdA im Verdi-Haus in Düsseldorf am vergangenen Samstag nach, dass sich das Innenministerium in politische Abhängigkeit von hochrangigen Neonazis gebracht hat und deren Tätigkeit auch noch im Rahmen des V-Leute-Systems hoch dotiert hat.

Die Konferenz forderte die Politiker auf, die nordrhein-westfälischen Standards, festgelegt in der Spruchpraxis des höchsten Gerichtes des Bundeslandes: „Eine rechtsextremistische Ideologie lässt sich auch nicht mit den Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren“ (Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes NRW, AZ 5BB585/01), zur Grundlage der Auseinandersetzungen mit den Rechten zu machen und keine Neonaziaufmärsche im Lande mehr zuzulassen. Der neben Jupp Angenfort (Düsseldorf) und Hannelore Toelke (Bonn) wiedergewählte Landessprecher Ulrich Sander (Dortmund) erteilte einem regierungsamtlich bestellten Großaufgebot der „Anständigen“ zur Beruhigung des Auslands eine Absage: „Es geht nicht nur darum, den Nazis den Weg durchs Brandenburger Tor zu versperren, ihnen sollen überhaupt alle Tore und Türen versperrt werden. Das tut besonders in NRW Not.

Hier findet sich kein Landtag und keine Landesregierung, die konsequent mit den Bürgerinnen und Bürgern den Nazis entgegentreten.“ So wurden protestierende Nazigegner und Holocaustüberlebende „im Stich gelassen“ und zwar beim antisemitischen Anti-Synagogenmarsch der NPD in Bochum wie bei wiederholten Aufmärschen von Neonazis, die sogar am Jahrestag der Reichspogromnacht genehmigt wurden.

Sander lehnte den Streit darüber ab, „ob die Massenarbeitslosigkeit den Neonazismus fördert – sie tut es! - und ob Stoiber oder Schröder mehr schuld daran ist. Das ist nun mal so: beide und ihre Kumpane aus den Eliten von Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen schuld.“ Die Antifaschisten aus 22 Kreisvereinigungen in NRW beschlossen, am Aufbau von Gegenkraft gegen Hartz IV und ähnliche Grausamkeiten weiter nach Kräften mitzuarbeiten.

Im Jahr des 60. Jahrestages der Befreiung will die VVN-BdA im größten Bundesland den Konsens in der Losung „Nie wieder Krieg und Faschismus“ bekräftigen, denn es gehe auch um die Absage an Kriege der Bundeswehr und Kriege entsprechend einem abzulehnenden EU-Verfassungsentwurfs. Besonders gedenken wolle man der Opfer der faschistischen Kriegesendphasenverbrechen. So besonders im Ruhrkessel 1945.

Empörung wurde über das Vorgehen der Justiz gegen die VVN-BdA geäußert. Noch immer hält die Beschlagnahmung des computer-gespeicherten Archivs der VVN-BdA mit Material über NS-Kriegsverbrecher vom Dezember 2003 an. Noch immer gibt es Justizverfahren gegen ihre Mitglieder wegen „Störung“ von Naziaktionen. Diese Justizpraxis müsse ein Ende haben.

Pressemitteilung VVN-BdA NRW ■

Sendung „Fahr mal hin“ des SWR verschweigt das ehemalige KZ - Lager Struthof im Elsass

Mit einem offenen Brief hat sich Hans Adamo, Historiker und Journalist, an die verantwortlichen und leitenden Damen und Herren des Fernsehens Saarland, SR. Funkhaus Halberg, die Mitglieder des SR – Rundfunkrates, und den Intendanten des Südwestfunks gewendet. Wir dokumentieren sein Schreiben.

Am 21.12.2004 wurde im Fernsehprogramm SR-Südwest der Film von Georg Bense gezeigt: „Fahr mal hin. Vogesenwinter im Tal der Breusch.“ Als der Film im Jahre 2003 zum ersten Mal gezeigt wurde, habe ich der zuständigen Redaktion nachdrücklich meine Bedenken über seinen Inhalt übermittelt. Da sie leider unbeachtet blieben, sehe ich mich veranlasst, auf diese Weise meine Kritik zu erneuern.

Der Film hat die Landschaft im Tal der Breusch in den Vogesen mit ihren idyllischen Dörfern und der Geschichte der Region zum Inhalt. Es ist kein geschichtsloser Film. Er erwähnt die humanistische Tätigkeit Pfarrer Oberlins, einem der Väter der Sozialbewegung des 19. Jahrhunderts, die Geschichte der Holzverarbeitung, des Bierbrauens und des Dialekts. Ausführlich werden sogar die alten Festungsanlagen bei Mutzig aus der Zeit des deutschen Kaisers Wilhelm gezeigt und gewürdigt, dass sie noch heute sorgfältig gepflegt werden. Immer wieder vom Plätschern der Breusch unterbrochen erfährt man auch, dass es Museen im Tal der Breusch gibt, eines für alte Autos und eines, das der Pflege der Tradition dient. Dieses und mehr vermittelt der Film, nur eines nicht: An einem Berghang des Breuschtales befindet sich das ehemalige deutsche Konzentrationslager Struthof, in der Nähe des Dorfes Natzweiler. Von 1941 bis 1945 betrug die Gesamtzahl der Häftlinge 45.000. Es waren rassisch und politisch Verfolgte, Gegner des Naziregimes und Widerstandskämpfer aus vielen Ländern Europas. Entsprechend dem Prinzip „Vernichtung durch Arbeit“ betrug die Zahl der Toten für dieses Lager mit seinen Nebenlagern 25.000. Infolge der rauen Witterung, Unterernährung, schikanöser Behandlung und Torturen war die Zahl der Kranken und Invaliden sehr hoch.

Das KZ-Lager befindet sich etwa in gleicher Höhe wie Oberlins Waldersbach, nur wenige Kilometer entfernt. Man kann das Lager auch deutlich sehen vom Gipfel des Donon. Dort haben die Saarbrücker Filmemacher alte Steine aus der Zeit der Kelten gesehen, auch das weithin sichtbare weiße Monument auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Lagers, das von Staatspräsident General de Gaulle 1966 eingeweiht wurde. Über den Berg der Kelten haben sie informiert, über den „Berg des Todes“ – so der Titel einer Broschüre, von einem KZ-Häftling geschrieben – haben sie nicht ein Wort verloren.

Es wird ausführlich über den Ort Rothau berichtet. Es ist ein Verkehrsknotenpunkt; man sieht in dem Film auch die vorbeifahrenden Züge. In der Eingangshalle des Bahnhofs wird mit einer großen Tafel an die Zeit der Besetzung, an die Deportierten und an die Kämpfer für die Freiheit erinnert. Viele Häftlinge, die hier eintrafen, wurden von der SS hinauf in das Todeslager getrieben. Bei der Evakuierung des Lagers vor der Befreiung kamen hier hunderte Häftlinge zu Tode. Georg Bense und seine Mitarbeiter teilen

auch über den „Bahnhof des Todes“ nichts mit, obwohl sie dort waren, über die Ereignisse informiert wurden.

Der Film zeigt das kleine Städtchen Schirmeck an der Breusch. Hier befand sich unter Nazi-Besatzung ein „Umerziehungslager“, und eine im Bau befindliche Gedenkstätte erinnert an die Vertreibung der Elsässer und Lothringer. An ihr wird seit Jahren gearbeitet, und sie wird dieses Jahr eröffnet. Auch in deutschen Medien wurde darüber berichtet. Die Filmemacher wussten davon, sie haben die Baustelle gesehen. Auch über dieses wichtige Ereignis, in der Region wird intensiv Anteil daran genommen, haben sie geschwiegen.

Die Frage, die sich zuerst stellt und die ich von Ihnen beantwortet haben möchte: Wurden Georg Bense und seine Mitarbeiter zum Schweigen veranlasst, entspricht es der Wahrheit, dass aus „ästhetischen Gründen“ das ursprüngliche Konzept für den Film geändert werden musste, weil angeblich die heile Welt des romantischen Breuschtales mit dem Blick auf ein ehemaliges KZ-Lager nicht vereinbar sei? Die zweite Frage stellt sich nach dem Nutzen des Films: Nutzt er den Franzosen und Deutschen, die sich zunehmend gemeinsam um die Bewältigung der Vergangenheit bemühen, oder den Leuten um Le Pen, die als Auschwitz-Leugner auch die Existenz des KZ-Lagers auf dem Struthof leugnen? Erst in diesen Tagen hat der Präsident der rechtsradikalen „Front National“ die faschistischen deutschen Verbrechen in Frankreich erneut verharmlost. Dies hat wieder massive Proteste ausgelöst, denn viele sehen darin eine Beleidigung der Opfer, ihrer Familien, der ehemaligen Widerstandskämpfer und Deportierten.

Die dritte Frage betrifft die Reparatur des Schadens: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass der Film unbedingt überarbeitet werden muss? Mit einer Minute weniger Plätschern der Breusch zugunsten einer angemessenen Information über das ehemalige KZ-Lager auf dem Struthof wäre ein erster Schritt getan. Seit mehreren Jahren im Elsass lebend führe ich regelmäßig Besucher durch das ehemalige KZ-Lager auf dem Struthof, inzwischen dürften es mehrere Tausend sein. Unter den etwa 50.000 Personen aus Deutschland, die jährlich das Lager aufsuchen, sind zu einem erfreulich großen Teil junge Leute, Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern, Gruppen der Gewerkschaftsjugend oder von Pax-Christi, der christlichen Friedensbewegung. Ich möchte künftig mein Schreiben und ihre Antworten den Besuchern zur Kenntnis bringen.

Hans Adamo, 73 Jahre alt, ist Historiker und Journalist und lebt in der Nähe von Strasbourg. In Deutschland: Mitarbeit in ver.di, Studienkreis Deutscher Widerstand, VVN-BdA. In Frankreich: Association Nationale des Anciens Combattants De La Résistance, Freundeskreis zur Erinnerung an die Widerstandskämpferin Haidi Hautval, Centre Droits De L'homme in Selestat. Gemeinsam mit Dr. Florence Hervé Autor des Buches „Natzweiler Struthof – Blicke gegen das Vergessen“, das zweisprachig auf dem Struthof zum Kauf angeboten wird.
Die Programmdirektion hat angekündigt, sich mit der Kritik zu befassen, eine Antwort steht aber noch aus.

Tod eines Ayslbewerbers - Zweifel an Selbstmordthese

DESSAU. Fünf Wochen nach dem Tod eines Asylbewerbers in einer Dessauer Polizeirevierzelle mehren sich die Zweifel an der von der Polizei vertretenen Erklärung, dass der Mann Selbstmord beging. Der 21-Jährige aus Sierra Leone war am 7. Januar in seiner Zelle verbrannt.

Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, haben die Ermittlungen jedoch ergeben, dass der Mann mit ausgestreckten Händen und Beinen an der Zellenpritsche festgebunden war. Sie bestätigte damit entsprechende Presseberichte. Nach Angaben der „Mitteldeutschen Zeitung“ (MZ) wurde außerdem bei der Obduktion festgestellt, dass beide Handgelenke gebrochen waren. Die Polizei hatte erklärt, der Mann habe mit einem zuvor versteckten Feuerzeug den Brand selbst ausgelöst. Die Beamten hätten versucht, das Feuer zu löschen, seien aber wegen des starken Rauchs nicht in die Zelle gelangt. Nun soll ein weiteres Gutachten die genaue Todesursache untersuchen.

http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/1811975.html ■

Konsequenzen des Zuwanderungsgesetzes

NÜRNBERG. Seit Anfang Januar sind in Nürnberg über 60 Menschen, besonders aus Äthiopien und Eritrea, die bisher Duldungen mit nachrangigen Arbeitserlaubnissen hatten, die Arbeitserlaubnisse entzogen worden. Die Betroffenen leben alle länger als 5, zum Teil bis 10 Jahre hier, haben hier ihren Lebensmittelpunkt und haben bisher alle seit mehreren Jahren mit einer nachrangigen Arbeitserlaubnis gearbeitet, ihren Lebensunterhalt selbst bestritten,eigene Wohnungen gemietet und Verbindlichkeiten eingegangen.

Sie haben Kranken-Renten-Arbeitslosenversicherung bezahlt. Ihre Kinder sind hier in die Schule gegeangen und haben Abschlüsse gemacht. Plötzlich ist Schluss damit. Sie sind jetzt gezwungen, Sozialleistungen zu beantragen, und da sie aufgrund der Verweigerung der Arbeitserlaubnis dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, haben sie nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Es betrifft alles Menschen, deren Asylverfahren aufgrund fehlender Pässe abgelehnt und deren Abschiebung aus gleichem Grund ausgesetzt wurde. Ihnen wird nun mangelnde Mitwirkung an der Passbeschaffung unterstellt. Äthiopien verlangt aber mindestens vier Zeugen, die Inhaber eines äthiopischen Passes sind, die die Staatsangehörigkeit bestätigen. Ähnlich verfährt Eritrea und bei Flüchtlingen, die aus gemisch eritreisch-äthiopischen Familien stammen, ist die Situation völlig in der Sackgasse.

Das Land Berlin hat letztes Jahr noch zahlreichen geduldeten ÄthiopierInnen Passersatzpapiere ausgestellt, weil davon ausgegangen wird, dass auf normalem Weg keine Pässe erlangt werden können, sondern Zeugen bezahlt werden müssen, um die notwendigen Unterschriften zur Passbeschaffung zu bekommen.

Warum ihnen jetzt auf einmal mangelnde Mitwirkung unterstellt werden soll, erschließt sich nicht wirklich logisch. Es gibt Berichte, dass das bisher auch innerhalb Bayerns von Stadt zu Stadt, Gemeinde zu Gemeinde, unterschiedlich ausgelegt wird. Der Vorschlag ist, Erfahrungen auch aus anderen Bundesländern zu sammelt, unter Umständen betrifft das die ganzen 200.000 Geduldeten.

Markus, Karawane Nürnberg (umfängliche Informationen zur Umsetzung der Bestimmungen des neuen Zuwanderungsgesetzes finden sich auf den Seiten des Hessischen Flüchtlingsrates: http://www.fr-hessen.de/) ■

Zentralrat verlangt Diskriminierungsverbot

MANNHEIM. Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, verlangte heute in einem Schreiben an die Vorsitzende des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, Cornelie Sonntag-Wolgast (SPD), bei der geplanten Anhörung zum Entwurf des Antidiskriminierungs-Gesetzes einen Vertreter des Zentralrats als Sachverständigen zu beteiligen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) stimmte dieser Beteiligung in einem Gespräch in der vergangenen Woche mit Sonntag-Wolgast und Vertretern des Zentralrats zu. Rose befürwortet die Regelungen im Regierungsentwurf des Gesetzes, die sich auf das Zivilrecht beziehen, fordert aber eine entsprechende Ergänzung für den öffentlich-rechtlichen Bereich der Behörden. Erforderlich sei ein Diskriminierungsverbot im Beamtenrecht, um die von Behörden oft veranlasste Kennzeichnung von Beschuldigten als Minderheitenangehörige zu verhindern, so der Zentralratsvorsitzende. Viele Medien entnehmen ungeprüft aus Pressemitteilungen der Behörden die Kennzeichnung beschuldigter Personen als „Sinti“, „Roma“, „Zigeuner“ oder sie übernehmen von Be-

hörden andere vorurteilsschürende Ersatz-Kennzeichnungen, schrieb Rose an die Vorsitzende des Innenausschusses. Für die Verbreitung von Rassismus in der Bevölkerung seien deshalb auch die Behörden verantwortlich, deren Meldungen auch schon auf Internet-Seiten von Rechtsradikalen erschienen seien.

Von großer Bedeutung werde das Antidiskriminierungs-Gesetz im alltäglichen Leben der Sinti und Roma sein, die beispielsweise bei der Wohnungssuche vielfach diskriminiert würden, sofern sie ihre Minderheitenzugehörigkeit nicht verheimlichen könnten, erklärte Rose.

Im Dezember 2004 erhob die Staatsanwaltschaft Mannheim Anklage wegen Volksverhetzung gegen die Verfasser eines Flugblattes, auf dem zum Widerstand gegen den „Einzug von Sinti bzw. Roma“ in Wohnungen der Mannheimer Innenstadt aufgerufen wurde. In dem Flugblatt hieß es, durch die Sinti und Roma „würde die bisherige Wohnqualität für Nachbarn, Geschäfte und Lokale maßgeblich gemindert“ (503 Js 28564/04).

Pressemitteilung vom 31.1.2005 ■

Strafanzeige für Abschiebegegner

FRANKFURT. Seit 10.2. ist die Haft gegen die iranische Asylbewerberin Zahra Kameli vorläufig ausgesetzt. Eine iranische Frau, in Deutschland Christin geworden, die von Steinigung bedroht ist, wenn sie in den Iran verbracht wird, weil sie ihren Mann, den sie mit 16 Jahren gegen ihren Willen heiraten musste, verlassen hat. Sie ist zur Zeit in einem Frankfurter Krankenhaus. Die Abschiebung scheiterte, nachdem der Pilot der Lufthansa-Maschine sich weigerte, Frau Kameli gegen ihren Willen in den Iran zu deportieren.

Mehrere hundert Menschen protestierten am 10.2. nachmittags in Frankfurt und Göttingen gegen die Abschiebung. Am Frankfurter Flughafen wurden Passagiere auf ihre Möglichkeiten hingewiesen, bei Abschiebungen im Flugzeug zu intervenieren. Die Lufthansa wurde aufgefordert, endlich das Geschäft mit Abschiebungen zu beenden.

In Frankfurt kam es nach der verhinderten Abschiebung zu einer Massenverhaftung von AbschiebegegnerInnen. Fraport erstattete Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. 62 Menschen wurden in Gewahrsam genommen und erkennungsdienstlich behandelt. Bis zum nächsten Mittag zog sich die Freilassung hin. Die Gefangenen berichteten von schikanösen Behandlungen durch die Polizei.

Die Flughafenbetreiberin FRAPORT versuchte schon in der Vergangenheit, jeden Protest gegen die Abschiebepraxis am Frankfurter Flughafen zu unterbinden. Diesmal kam ihr die Polizei mit einer überzogenen Aktion zur Hilfe.

Der Rhein-Main-Airport ist der größte Abschiebeflughafen der BRD. „Diese unverhältnismäßige Repression gegen die Abschiebegegner – im Flughafen kam es nach dem Abzug der Presse zu regelrechten Hetzjagden durch die Polizei – zeugt von der Entschlossenheit, mit der diese Abschiebung durchgesetzt werden soll, obwohl sie mit keinem Wort zu rechtfertigen ist.

Alle verantwortlichen Stellen, von der Ausländerbehörde Goslar bis zum Bundesinnenminister, erklären sich für nicht zuständig. Wir rufen auf, weiter gegen Zahras Abschiebung aktiv zu werden“, erklärt der Arbeitskreis Asyl zu den Ereignissen. Im Internet wird laufend über die Entwicklungen informiert: www.abschiebemaschinerie-stoppen.de.

kmii Rhein-Main, 11.2.05 ■

PS: Niedersachsens Innenminister hat inzwischen angekündigt, die Abschiebung werde auf jeden Fall durchgeführt, sobald der Gesundheitszustand der Iranerin es wieder zulasse. Die Rechtslage sei eindeutig.

Cornelius Yufanyi steht Gefängnisstrafe bevor

BERLIN. Am 27. Januar 2005 forderte das Verwaltungsgericht Göttingen Cornelius Yufanyi von The VOICE Refugee Forum auf, vor Gericht zu erscheinen, um Auskunft über seine Besitztümer zu erteilen. Er soll wegen Verletzung der Residenzpflicht eine Strafe von annähernd 240 Euro bezahlen oder eine Gefängnisstrafe auf sich nehmen. Bereits im Dezember 2004 wurde ein anderer VOICE-Aktivist zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt, aus denselben Gründen.

Die Wiedergeburt des Residenzpflichtgesetzes geht zurück auf das Jahr 1982, es ist ein Gesetz, das es innerhalb der Gemeinschaft der modernen europäischen Staaten allein in Deutschland gibt. Als Teil eines Polizeidekrets zur Kontrolle des Aufenthalts und der Bewegungen aller Ausländer, die auf deutschem Territorium lebten, wurde die Residenzpflicht 1938 in die deutsche Gesetzgebung aufgenommen. Alle Ausländer mussten sich bei der Ausländerpolizei melden, bevor sie ihre Stadt oder ihren Bezirk verlassen wollten. Eine Person, die außerhalb des betreffenden Gebietes angetroffen wurde, die sich vorher nicht bei der Behörde abgemeldet hatte, wurde einer Straftat beschuldigt und mit Gefängnis oder einer Geldstrafe von 150 Reichsmark bestraft.

Seit er nach Deutschland gekommen ist um Schutz vor Verfolgung zu suchen, ist Cornelius Yufanyi tagtäglich mit Diskriminierung, Ausgrenzung, direktem und indirektem Rassismus, behördlicher Willkür und sogar Gewalt konfrontiert gewesen. Unmittelbar nach seinem Asylgesuch wurde er in den „Frei-Staat“ Thüringen gesandt, wo er einige der berüchtigten Unterbringungszentren des Bundeslands, die als „Heime“ bezeichnet werden, kennen lernen durfte. Ihm wurde erklärt, dass er, um keine Straftaten zu begehen, innerhalb seines Landkreises bleiben müsse und diesen zu keiner Zeit ohne schriftliche Genehmigung der örtlichen Ausländerbehörde verlassen dürfe – die aber für politische Aktivitäten kategorisch verweigert wird und generell nur einmal pro Monat für einen Zeitraum von drei Tagen erteilt wird. So lautet die Order, die die Ausländerbehörden vom thüringischen Innenministerium erhalten haben.

Nach einem Hungerstreik im Zuge der Mobilisierung gegen den G-8 Gipfel und das EU-Gipfeltreffen 1999 in Köln, mit dem gegen die Behandlung von Flüchtlingen in Europa mobilisiert werden sollte, wurde Cornelius in ein kleines Flüchtlingsheim inmitten des nördlichen Thüringer Waldes im Landkreis Worbis umgesiedelt.

Das Verfahren gegen Cornelius und der Grund, warum die deutschen Behörden beabsichtigen, ihn ins Gefängnis zu stecken, geht zurück in das Jahr 2000. Im April 2000 organisierte The VOICE Refugee Forum, dessen Mitglied Cornelius ist, einen Kongress von Flüchtlingen und MigrantInnen mit über 500 TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt. Während des Kongresses gab Cornelius in lokalen, bundesweiten und internationalen Medien verschiedene Interviews über die Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen in Deutschland, in denen er Rassismus, soziale Ausgrenzung und insbesondere die Residenzpflicht anklagte. Irgendwann las Herr Schäfer einen dieser Artikel über den Kongress und nutzte ihn als Beweis, um ein Strafverfahren gegen Cornelius zu beginnen, da er ohne Erlaubnis außerhalb seines Landkreises gewesen ist.

Schließlich wurde im Oktober 2000 in der Stadt Worbis ein Prozess gegen Cornelius begonnen. Von über einhundert UnterstützerInnen begleitet, verteidigte Cornelius seine Würde und sein fundamentales Recht, sich als freier Mensch innerhalb Deutschlands zu bewegen wie jeder andere auch. Für Cornelius war nicht er selbst der Angeklagte, sondern das rassistische Residenzpflichtgesetz. Der Staatsanwalt andererseits nützte die Gelegenheit und legte verschiedene Verfahren gegen Cornelius wegen Verlassen des Landkreises ohne Genehmigung zusammen. Die Staatsanwaltschaft forderte eine Strafe von seinerzeit 600 DM, heute 300 Euro. Cornelius und viele Beobachter waren der Meinung, dass keine Gerechtigkeit geschaffen worden war.

Zur nächsten Gerichtsverhandlung wurden eine gut organisierte öffentliche Informationskampagne durchgeführt. Insofern hatten die Behörden den Fall mit

Vorsicht zu behandeln. Es wurden zwei Angebote gemacht für einen Vergleich, was weder Freispruch noch wahre Gerechtigkeit bedeutet hätte und die Cornelius für zu heikel hielt und ablehnte. Was er erwartete, war nicht Gnade, sondern Gerechtigkeit und Freispruch.

Das Gericht entschied schließlich, dass er eine Strafe von 300 DM oder 150 Euro bezahlen sollte. Die Höhe der zu bezahlenden Strafe ist irrelevant; solange so eine Strafe die Fortführung der Ungerechtigkeit fördert, muss dagegen protestiert werden. Aufgrund dieser Überzeugung lehnt es Cornelius ab, die Strafe zu zahlen. Als Ergebnis hat das Verwaltungsgericht Göttingen, wo Cornelius seit 2000 offiziell lebt, ihn darüber informiert, dass er bis zum 27. Januar eine Liste all seiner Besitztümer vorzulegen hätte oder eine Gefängnisstrafe antreten müsse.

Wenn man ihn fragt, was er darüber denkt, lacht Cornelius nur und beginnt über all seine Besitztümer zu sprechen, die man ihm genommen hat, bevor er überhaupt hierher gekommen ist: Gummi, Holz, Öl, Früchte, Kaffee...

The VOICE Refugee Forum (gekürzt) ■

Eingebürgerten Türken und Kurden droht bei doppelter Staatsbürgerschaft der Verlust ihres deutschen Passes

Kontraproduktiv für die Integration

Familie Arslan (Name geändert) lebt seit mehr als 30 Jahren im Kölner Stadtteil Nippes. Die vier Kinder sind in Köln geboren und gehen hier zur Schule. Die Mutter ist Hausfrau und der Vater hat bis zu seiner Krankheit bei Ford gearbeitet. Seit 2001 besitzt die Familie die deutsche Staatsbürgerschaft. Doch als die Familie im Sommer aus dem Türkei-Urlaub zurückkehren wollte, lag ein Hindernis für die Rückreise seitens der deutschen Behörden vor: Grund hierfür ist, dass sie nach ihrer Einbürgerung zusätzlich einen türkischen Pass erworben hätten. Die Familie musste lange kämpfen, damit sie wieder nach Deutschland einreisen durfte. Erst öffentlicher Druck ermöglichte es, dass die Familie wieder zurückkehren konnte. Sie hat aber ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren und ihr Aufenthaltsstatus wurde nach dem neuen Zuwanderungsgesetz niedriger gestuft. Eine Wiedereinbürgerung ist nach dem jetzigen Status nicht in Sicht.

Das, was Familie Arslan im August letzten Jahres durchmachen musste, ist sicherlich kein Einzelfall. Nach bisherigen Angaben droht mehreren Zehntausend in Deutschland eingebürgerten Türken und Kurden der Verlust ihrer deutschen Staatsbürgerschaft. Nach öffentlichen Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Fritz Behrens sind auch einige Tausend Fälle in NRW bekannt, gegen die nun rechtlich vorgegangen werden soll. Denn seit der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes Anfang 2000 gilt die Regelung, dass Personen mit dem Erwerb einer weiteren Staatsbürgerschaft automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Nach Schätzungen der türkischen Behörden haben rund 50 000 Personen unter der Hand – in mehreren Fällen auch durch die Empfehlung der türkischen Botschaften – ihren sog. Herkunftspass beibehalten. Ihnen teilen die Ausländerbehörden nun mit, dass sie keine Deutschen mehr sind. Die Betroffenen müssen einen neuen Aufenthaltsstatus beantragen und das gesamte Einbürgerungsverfahren – falls es aus ihrer jetzigen Situation heraus möglich ist – noch einmal durchlaufen.

Auch Aussiedler sind betroffen

Von den Problemen sind auch mehrere Tausend Aussiedler aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion (z.B. der Ukraine) betroffen, die etwa durch die Verlängerung eines russischen Passes nach dem neuen deutschen Staatsbürgerschaftsrecht automatisch als ausgebürgert gelten.

Das Täter-Opfer-Dilemma

Die Fälle mehren sich, da die jetzige türkische Regierung aufgrund des EU-Mitgliedschaftsprozesses nicht mehr versucht, bei Auszügen aus Personenregistern die Tatsache der türkischen Wiedereinbürgerung zu verschleiern. Viele Türken und Kurden haben zweifelsohne den zweiten Pass über das zuständige Konsulat erhalten. Aus Berichten von Betroffenen geht hervor, dass die türkischen Konsularbeamten die Antragsteller sogar dazu ermutigt haben, ihre türkische Staatsangehörigkeit unter der Hand zurückzuerlangen.

Obwohl also der Großteil der Besitzer eines doppelten Passen über die Herkunftskonsulate dazu motiviert wurde, den Herkunftspass zu behalten, werden sie jetzt in der Öffentlichkeit als Straftätern diffamiert. Medien und politische Instanzen machen allein die Betroffenen für dieses Dilemma verantwortlich. Die Verantwortung der türkischen Konsulate sowie ihre Rolle in der Ausstellung von Doppelpässen wird nur ungern in die Diskussion gebracht. In diesem Zusammenhang sollte klar definiert werden, wer „Täter“ und wer „Opfer“ ist. Sonst könnte daraus eine repressive Diffamierungspolitik entstehen, die zu Lasten der türkischen und kurdischen Migrantinnen und Migranten geht.

Unabhängige Kommission soll Amnestieverfahren einleiten

Diffamierungen verhindern das integrative und friedliche Zusammenleben in dieser Gesellschaft; sie hemmen den wechselseitigen Prozess eines interkulturellen Dialogs. Unter den eingebürgerten Türken und Kurden kommt Frust auf, so dass sie nach Verlust der deutschen Staatsbürgerschaft „nicht mehr eingebürgert werden wollen“. Auch das ist kontraproduktiv für die Integration und das friedliche Zusammenleben in diesem Lande.

Daher fällt sowohl der Bundesregierung als auch den Länderregierungen die dringende Aufgabe zu, Migrantinnen und Migranten über die entstandene Sachlage aufzuklären und eine schnelle Lösung zu entwickeln und es nicht zu einer Kampagne der Stigmatisierung und Diffamierung kommen zu lassen. Eine alternative Lösung könnte eine Art Amnestie sein:

Wer innerhalb einer Frist seine Heimatstaatsangehörigkeit freiwillig abgibt, soll Deutscher bleiben dürfen, ohne die Prozedur eines sog. Wiedereinbürgerungsverfahrens aufzurollen. Hierzu könnten auf kommunaler Ebene (oder auf Landesebene) unabhängige Kommissionen (unter der Obhut von paritätischen Einrichtungen wie AWO, DPWV usw.) gebildet werden, die die einzelnen Fälle sammeln und an die zuständigen bundesrepublikanischen Behörden weiterleiten, damit eine sofortige Lösung geschaffen wird.

Kemal Bozay ■

Die Ereignisse in Tulle im Juni 1944, die in ein brutales Kriegsverbrechen der Deutschen mündeten, beleuchtet der ostbelgische Schriftsteller Bruno Kartheuser im soeben erschienenen dritten Band seiner Tetralogie „Walter, SD in Tulle“. Ermutigt durch die Landung der Alliierten in der Normandie, greift der französische Widerstand Anfang Juni 1944 Tulle an und befreit die Stadt für einen Tag. Dann schlagen die Deutschen zurück: Die SS-Truppe „Das Reich“ marschiert ein und besetzt die Stadt erneut. Am 9. Juni deportieren die Deutschen schließlich einige Hundert Zivilpersonen, 99 ermorden sie mittels Erhängung.

An der Auswahl der 99 umzubringenden Zivilpersonen war Walter Schmald maßgeblich beteiligt. Um Schmald, im belgischen St. Vith geboren, zentriert sich Kartheusers Tetralogie:

Sie fordert dazu auf, über die Teilnahme von Ostbelgiern – die die Annexion ihrer Wohnorte durch die Deutschen teilweise begeistert begrüßten – an der deutschen Expansion bis hin zum Eroberungs- und Vernichtungskrieg neu nachzudenken. Kartheuser hat keine Mühen gescheut, um die historischen Zusammenhänge aufzudecken: Er hat mit ehemaligen Wehrmachtssoldaten und SS-Mitgliedern, mit französischen Widerständlern und Angehörigen der Opfer gesprochen, zahlreiche deutsche und französische Archive aufgesucht und die auffindbaren Quellen systematisch ausgewertet.

Entstanden ist ein Werk von 560 Seiten, darunter 105 Fotoseiten, das einen tiefen Einblick in die Entwicklung vom Januar bis zum Juni 1944 und in die Barbarei der anschließenden Mordtaten erlaubt.

jk ■

Bruno Kartheuser: Die Erhängungen von Tulle. Der 9. Juni 1944. Walter, SD in Tulle, Band 3, St. Vith 2004, edition Krautgarten orte, 560 Seiten, 40 Euro.

Das Unwohlsein am „Untergang“

In Frankreich startete Bernd Eichingers Hitler-Film und löst eine heftige Debatte aus

Hitler sehen heißt Schlange stehen. Es ist der erste Freitagabend, nachdem am Mittwoch (5. Januar) Oliver Hirschbiegels und Bernd Eichingers ‘Der Untergang‘ (französisch: La Chute) in Frankreich auf die Leinwände kam. Vor dem Multiplexkino nahe des Pariser Odéon-Platzes hat sich eine ziemlich lange Warteschlange gebildet. Ja, es ist tatsächlich das Publikum für ‚La Chute‘, und der riesige Saal wird brechend voll.

Die ersten Pressekritiken waren überwiegend kritisch bis negativ, aber die Zuschauer – die allen Generationen angehören – haben sich nicht abhalten lassen. Oft sicherlich auch aus Neugier. Allerdings kam der Film frankreichweit nur in 150 Kinos heraus, eine relativ bescheidene Zahl, und in Paris ist er nur in insgesamt 10 Sälen zu sehen. Das relativiert den Erfolg etwas.

Dann gehen die Lichter aus, um über zweieinhalb Stunden später wieder anzugehen. Ich spitze die Ohren, um ein paar Reaktionen einzufangen. Viele verlassen den Kinosaal kommentarlos. Richtig aufgewühlt erscheint niemand. Da ist eine Gruppe jüngerer Zuschauer. „Na ja, nicht schlecht, aber es fehlen viele problematische Aspekte der ganzen Geschichte. Es fehlt ziemlich an Tiefgang“ kommentiert ein etwa 20jähriger spontan. Die anderen der Gruppe pflichten ihm bei. „Das ist genau das, was man uns vorher sagte“ meint eine jüngere Frau.

Kontroverse: Darf man Hitler „als Mensch“ darstellen?

Eine erste Serie von Kritiken und Debatten ging mit der Fragestellung einher, ob der Film Hitler nicht auf unzulässige Weise „humanisiere“, indem er ihn aus der Nähe zeige und auch einige Züge seines privaten Verhaltens darstelle. Dadurch könne eine Empathie entstehen: „Emotion, ja Mitleid, denn die schlimmste Ratte in ihrem Loch ruft instinktive Sympathie im Moment ihres herannahenden Todes hervor“, meint Gérard Lefort in ‚Libération‘. Die Tageszeitung ‚Le Parisien‘ titelte deswegen am Tag des Beginns der Vorführungen: Le malaise (Das Unwohlsein). Auf die solcherart motivierten Kritiken antworteten freilich schon früh andere Stimmen, die darin einen – und sei es unbewussten – Wunsch nach Mystifizierung erblickten. So antwortet der Schriftsteller und Theaterautor Eric-Emmanuel Schmitt, der selbst 2001 einen Roman über Hitler und die Gründe seines Erfolgs (La Part de l’autre) veröffentlichte, im ‚Parisien‘: „Man zeigt nicht einen gehörnten Teufel, und das ist gut so. Hitler zu enthumanisieren, ist zu einfach und sinnlos. (...) Die Polemik darüber, ob man Hitler als menschliches Wesen darstellen dürfe, ist albern. Diese Geschichte ist ja wohl von Menschen ausgegangen! Es ist nicht Gott, der Auschwitz erfunden hat!“

Gleichzeitig bezeichnet Schmitt es als „vernünftig“, dass der Film eine Maläse hinterlasse.

Auch der KP-nahe Autor Viktor Dedaj kommentiert in dem Mailingforum liste@utopie.org, hinter der Kritik an der „Humanisierung“ Hitlers stecke ein Streben nach „Infantilisierung“, das zur Funktionsweise der westlichen Medien gehöre: „Eine Welt wie

in den Comics. Eine gefilterte Version der Realität, wo blonde Kinderlein und ihre liebevollen Mamas plötzlich von Horden, die aus dem Inneren der Erde entwichen sind, attackiert werden.“ So erscheine „der Begründer des Nazismus nicht als Produkt bestimmter politischer und ökonomischer Kräfte seiner Zeit. Nein, er muss von irgendwoher aufgetaucht sein, wo er bis dahin auf dem Grunde eines Sarges schlief, oder so ähnlich.“ Dass Hitler also seinen Schäferhund und Eva Braun liebte, „das ist wahrscheinlich wahr. Dass in den letzten Tagen im Bunker keine Feststimmung herrschte, kann man auch verstehen. Und es lässt mich ehrlich kalt. Er (Hitler) und seine Anhänger sollen krepieren. Wo also liegt die Maläse? Einigen Journalisten zufolge darin, dass Hitler ‚als Mensch‘ gezeigt werde. (...) Sollten also 50 Jahre Geschichtsunterricht bei uns zu gar nichts gedient haben?“

Deutschland als ‚Opfer‘ des Wahnsinnigen Hitler

Tatsächlich geht die Kritik, die überwiegend an der Darstellung Hitlers als Person festgemacht wird, zum guten Teil an der wirklichen Problematik vorbei. Denn bei der Zuschauerin dürfte der Hitler auf der Leinwand am Ende kaum Sympathien hinterlassen: Die gesamte Dramatik von ‚La Chute‘ läuft darauf hinaus, darauf zu warten, dass der von Bruno Ganz dargestellte „Führer“ endlich irgendeine Initiative ergreift – dass er Berlin verlässt oder eine Kapitulation unterschreibt oder seinen Tagen ein Ende setzt... Jeden-

falls, dass er die in breitester Form dargestellten Leiden der Deutschen und auch seiner Umgebung, die ihm doch vertraut, abkürzt. Da wird ohne Betäubung mit der Säge amputiert, da wird geschrien und gestorben und vor den Bomben weggerannt.

Die eigentliche Empathie und Sympathie, die durch den Film hervor gerufen wird, gilt nicht der Person Hitler. Sie gilt den Deutschen, die – so sieht es aus – am Ende zu den Opfern des persönlichen Wahns dieses Diktators geworden sind, während etwa die sowjetischen Befreier entweder als bedrohliche anonyme Kulisse oder als sturzbetrunkene Barbaren erscheinen.

Kritik an deutschen Opfermythen

Der bürgerlich-konservative ‚Figaro' reagierte sehr zurückhaltend auf die Ausstahlung von ‚La Chute'. In den anderen renommierten Presseorganen entwickelte sich dagegen eine Kritik, die über die zuerst vorgebrachten Vorbehalte gegen die Personalisierung Hitlers auf der Leinwand hinausgeht und auch den Aspekt der ungleichen Gewichtung der Opferdarstellungen berücksichtigt. Jacques Mandelbaum macht etwa in Le Monde „zwei zentrale Thesen" in dem Film aus: Erstens sehe man durch die Äußerungen Hitlers, der am Ende sein Volk, das sich als zu schwach erwiesen habe, mit in den Untergang reißen will, „die Essenz eines Regimes, das von Anfang an auf Zerstörung und Vernichtung programmiert war".

Gleichzeitig moniert Mandelbaum, die vereinfachende Psychologie des Films – die Hitler als Verrückten und Nihilisten erscheinen lasse - stehe „im Dienste einer ziemlich bequemen Kritik an dem Regime, das Deutschland in den Ruin führte". Denn „die zweite, kritikwürdigere" Hauptthese des Films bestehe in der Darstellung „eines gequälten Deutschlands, das beinahe gegen seinen Willen zum Opfer dieses fanatischen Regimes wird, welches es doch – und in dem Film kommt es nicht vor – im Triumph an die Macht gebracht und auf lange Dauer unterstützt hat. Es ist zweifellos diese tröstliche Dimension – welche die Nation und das Regime, das sie hervorgebracht hat, auseinander dividiert – die heute zum Publikumserfolg in einem Land führt, von dem man doch annimmt, dass es sich seit langem mit seiner Vergangenheit auseinander setzt."

Ähnliche Kritik an der Rezeption des Filmwerks formuliert Norbert Frei, Forscher an der Universität Bochum, im Interview mit „Libération": „Der Film zeigt einen Hitler am Ende seiner Laufbahn, und man kann sich kaum die immense Faszination vorstellen, die er auf das deutsche Volk ausgeübt hat" – man denke nur an den Hitler der außenpolitischen Erfolge der Jahre 1936 bis 1939 und der ersten Kriegsjahre. „Das Argument, wonach es störend sei, dass Hitler als menschliches Wesen gezeigt wird, ist irritierend, denn niemand dachte, dass Hitler vom Mars kommt. Aber der Film erklärt gar nichts von der Rolle und der Funktion Hitlers in der deutschen Geschichte."

Norbert Frei konstatiert ferner, dass „die öffentliche Meinung in Deutschland sich zunehmend für die Deutschen als Opfer interessiert. Die Debatte über die Bombardierungen oder über die Vertreibung haben diesen Bedarf gezeigt". Das bestätigen auch mehrere andere Beiträge, etwa jener der Deutschlandkorrespondetin von ‚Libération' Odile Benyahia-Kouider: „Dass man heute einen solchen Film in Deutschland machen kann, ist symptomatisch für die Entwicklung der öffentlichen Meinung, die nunmehr ein gesteigertes Interesse an den deutschen Opfern des Zweiten Weltkriegs zeigt."

Die Rezeption in der rechtsextremen Presse

Mit einer Woche Verspätung gegenüber der bürgerlichen Presse geht auch die Parteipresse des rechtsextremen Front National (FN) auf die Polemik um ‚La Chute' ein. Die Wochenzeitung ‚National Hebdo', die zu 40 % im unmittelbaren Besitz der Partei steht, rezipiert in ihrer Ausgabe vom 13. Januar 05 den Film von Bernd Eichinger und Oliver Hirschbiegel sowie die Debatte der französischen Presse über ihn. Dabei werden kurze Ausschnitte aus den Stellungnahmen der meisten größeren Zeitungen wiedergegeben. Dabei hält die FN-nahe Zeitung sich zunächst weitgehend mit einer eigenen Bewertung zurück. Im Folgenden macht die Kommentatorin, die unter dem Pseudonym ‚Topoline' seit langem bekannte rechtsextreme Journalistin, aber doch noch eigene Anmerkungen. Diese machen sich an den Schwächen jener Kritik, die eine „menschliche Darstellung" Hitlers verweigert und im Prinzip ein grob vereinfachendes, da „das Böse" entmenschlichendes Rezeptionsschema einfordert, fest.

Dazu heißt es kommentierend: „Ignoranz und Political Correctness haben eine Welt in Schwarz-Weiß hervorgebracht. Es gibt Gut und Böse, die Guten und die Bösen. Es ist so einfach wie Links und Rechts. In jener Welt verkörpert Hitler das absolut Schwarze, das absolute Böse. Seine einzig mögliche Darstellung (...): Hitler ist nicht menschlich, er hat Hörner und Bocksfüße. In jener Welt steht die kommunistische Welt dagegen stets auf der Seite des Guten. Man denkt im Übrigen nicht daran, sich über die Schuld des russischen Volkes und seine Komplizenschaft bei der Massenvernichtung, die es erlitt, zu befragen (...)"

Zur Frage der Entlastung der deutschen Nation, die in dem Film als „Opfer" Hitlers erscheint, hieß es ein paar Absätze davor in den Spalten von ‚National Hebdo', als Antwort auf ein Zitat von ‚Le Monde', das bemängelte, vom deutschen Volk würden nur seine Leiden dargestellt: „Aber warum sollte man den Deutschen verweigern, was man anderen zugesteht?"

Einige Tage später löste der Chef der rechtsextremen Partei, Jean-Marie Le Pen, in anderem Zusammenhang einen öffentlichen Skandal aus durch seine Äußerung, die deutsche Besatzungszeit in Frankreich sei „nicht besonders inhuman gewesen".

Zu seiner ideologischen Verteidigung brachte Le Pen daraufhin u.a. vor, man müsse das SS-Massaker von Oradour-sur-Glane, das ihm in der Debatte vorgehalten wurde, „parallel stellen zu Dresden und Hiroshima". Bereits im Dezember 1997 hatte Le Pen in München, an der Seite des ehemaligen Waffen SS-Manns Franz Schönhuber, verlautbart, die Deutschen im Zweiten Weltkrieg seien „das Märtyrervolk Europas".

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Die Leser der Jungen Freiheit

Junge Freiheit, Nr. 7/2005, 11.2.2005

Die Junge Freiheit führte Ende letzten Jahres eine Leserumfrage durch. Die Redaktion erhielt ca. 1000 Rückantworten. Auffällig ist dabei, das 51,4% einen akademischen Abschluss haben, davon 14,1% promoviert, 2,1% habilitiert. D.h. die Leser kommen nicht aus der Mitte der Gesellschaft, sondern aus der Mitte der Führungsetage der „deutschen Elite“. Die größte Einkommensgruppe 31,8% verfügen über ein Netto-Einkommen zwischen 2600 und 4500 Euro. Weitere 12,8% der Leser gehören der Einkommensgruppe über 4500 Euro an.

Empörung wegen Strafrechtsänderungen

Junge Freiheit, Nr. 8/2005, 18.2.2005

In seinem Leitartikel „Grundrechte im Reißwolf“ hetzt das Blatt gegen die in erster Lesung verabschiedeten Strafrechtsänderungsgesetze wegen neofaschistischer Aufmärsche und Volksverhetzung: „Stellt bereits diese Initiative eine empfindliche Beschneidung des Versammlungsrechtes dar, die die FAZ in Anspielung auf den NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel, als „Lex Apfel“ bezeichnete, dann sprengt die geplante Verschärfung des Paragraphen 130 StGB jegliches Maß … Wer in dieser Situation seine Hoffnungen auf die Opposition in Gestalt der Unionsparteien setzt, baut wieder einmal auf Sand. Die Reaktionen aus der Union zeigen, dass diese aus dem sogenannten Aufstand der Anständigen, der im Kern auch gegen sie gerichtet war, nichts gerlent hat.“

Dieter Stein schreibt in einem Kommentar: „Der für die Etablierten einzig denkbare Weg, NPD-Wähler umzustimmen, ist, über die Motive für den Bürgerprotest ehrlich nachzudenken und Fehlentwicklungen der großen Parteien zu korrigieren. Es ist höchste Eisenbahn, sich von ideologischen Wolkenkuckucksheimen wie der ‚multikulturellen Gesellschaft‘ dem Super-Europa und der Zerstörung der Nationalstaaten zu verabschieden.“

Keine Nachrufe für Nazi-Diplomaten

Junge Freiheit, Nr. 8/2005, 18.2.2005

Das Blatt hatte bereits Ende letzten Jahres darüber berichtet, dass das Auswärtige Amt keine Nachrufe mehr im amtlichen Teil der Zeitschrift „InternAA“ von verstorbenen Diplomaten veröffentlicht, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Über 100 ehemalige Botschafter haben sich jetzt zusammengefunden, die in der FAZ und anderen Zeitungen eine gemeinsame Anzeige für das ehemalige NSDAP-Mitglied und ehemaligen Botschafter Franz Krapf geschaltet haben. Das Blatt bemerkt: „Auch sie stören sich daran, dass der NSDAP-Mitgliedschaft von Krapf mehr Gewicht zugemessen wird als seinen Verdiensten beim Aufbau eines demokratischen Nachkriegs-Deutschland. Nicht ohne Grund bzeichnete Hans-Dietrich Genscher in seiner Grabrede Krapf als eine große Persönlichkeit der Aufbaugeneration …“ *jöd* ■

In memoriam

Franz Krapf

Botschafter a. D.

* 22. Juli 1911 † 23. Oktober 2004

Freunde, Kollegen und Mitarbeiter bewahren ihm ein ehrendes Andenken

Gedenkanzeige in der „FAZ“ für Botschafter a. D. Franz Krapf: Auch aktive Diplomaten wollten sich an dem stillen Protest beteiligen

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Herbert Hupka war wütend. Die „im rechten bis nationalistischen Spektrum angesiedelten Parteien“ hätten mal wieder alles verdorben, schimpfte der Ehrenvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien Anfang Januar im Deutschen Ostdienst. Das neue Minderheitengesetz, das der polnische Sejm am 4. November 2004 auf den Weg gebracht hatte, sei „das schlechteste Minderheitengesetz in der Europäischen Union“. „Die Deutschen in der Republik Polen“, wetterte Hupka, „sind eine Minderheit, die allein gelassen wird.“

Was war geschehen? Der Sejm hatte ein Gesetz beschlossen, das inhaltlich an die zahlreichen Minderheiten-Bestimmungen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags aus dem Jahr 1991 anknüpfte. Um den Gebrauch von Minderheitensprachen bei den Behörden ging es darin, auch um das Dauerthema „zweisprachige Ortsschilder“. In Gemeinden mit einer Minderheitenbevölkerung von mehr als 50 Prozent solle die Minderheitensprache in öffentlichen Einrichtungen und auf Schildern verwendet werden dürfen, bestimmte das polnische Parlament.

Nur auf „fünf weißrussische und litauische Gemeinden“ in Polen könnten die Privilegien des neuen Gesetzes angewandt werden, beschwerte sich der ehemalige Bundestagsabgeordnete Hupka: „Die Reaktion aus der deutschen Minderheit (...) ist Empörung und Protest“. Man müsse Druck ausüben, forderte der langjährige Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien: Auf diplomatischem Wege, aber auch öffentlich. Das Gesetzgebungsverfahren sei noch nicht abgeschlossen und könne daher beeinflusst werden.

„Polen hat sich beim Minderheitengesetz besonnen“, erklärte wenig später der Vorsitzende der Arbeitgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski. „Einwendungen“ aus Deutschland hätten gewirkt, schrieb er in einer Pressemitteilung vom 13. Januar 2005: „So konnten nunmehr (...) erhebliche Verbesserungen dahingehend erzielt werden, dass für die Inanspruchnahme der Minderheitenrechte nur noch ein Quorum von mindestens 20% der Bevölkerung erreicht werden muss.“ Damit kommen die Minderheitenprivilegien nun auch Gemeinden mit deutschsprachiger Minderheit zugute. Pardon – Gemeinden mit deutscher Minderheit. Denn die deutschen Behörden haben inzwischen zigtausenden deutschsprachiger Polinnen und Polen einen deutschen Pass verliehen und setzen diese Praxis weiterhin fort.

jk ■